Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4, in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Sechsundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 106.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Dienstag, 4. März

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, dreigespaltene Reklamen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873.

Die Festungsfrage vor dem Reichstage.

Σ Berlin, 3. März. Bereits beschäftigt den Bundesrath der Entwurf eines Reichsgesetzes, wonach aus der französischen Kriegskontribution 68 Millionen Thaler für den zeitgemäßen Umbau der deutschen Festungen zurückbehalten werden sollen. Der Gedanke, vor Ausschüttung der Kontribution in die Kassen der Einzelstaaten die schon seit Jahrzehnten schwebende Festungsfrage zu erledigen, ist an und für sich unzweifelhaft richtig. Auch läßt sich nicht leugnen, daß der letzte große Krieg die öffentliche Meinung über den Werth der Festungen wesentlich berichtigt hat. Die Verproviantirung größerer Städte auf längere Zeit hat doch als leichter sich ausführbar erwiesen, als man bisher annahm. Metz und Paris haben trotz ungenügender französischer Vorbereitungen für die Belagerung, der Niederwerfung Frankreichs große Hindernisse entgegengestellt. Die deutschen Heere haben sich mitunter vor diesen Festungen in bedenklicher Lage befunden. Hätte Frankreich eine Landwehrverfassung wie Deutschland und das französische Volk in dem Umfang des deutschen Volkes militärische Schulung besessen, wer weiß welche Krisen auch nach Sedan noch eingetreten wären? Aus solchen Erwägungen heraus kommt man zur Ueberzeugung, daß befestigte Plätze auch für die derzeitige Kriegführung noch eine große Bedeutung haben. Daß aber Plätze, welche man überhaupt als Festungen beibehalten will, nach allen Regeln moderner Kriegskunst zu befestigen sind, erheischt auch das Interesse der Städte selbst. Unter den 26 eroberten französischen Festungen haben aber 20 wegen veralteter Befestigung nur den für die Bürgerhäuser bedenklichen Charakter von Kugelfängen gehabt, ohne dem Vordringen der deutschen Armeen irgend erhebliche Hindernisse entgegenzustellen. Auch in Bezug auf die Vertheidigung des Landes durch Festungen gilt der Grundsatz, daß wer Alles oder zu Viel decken will, gar nichts deckt. So ergiebt sich aus der modernen Kriegführung, daß einzelne große Festungen als Stützpunkt der Offensive und als Depots für die Defensive allerdings beizubehalten und zugleich nach allen Regeln der Kriegskunst zu vervollkommnen sind. Daneben kommen noch Festungen für die Küstenvertheidigung und Festungswerke als Sperrmittel für große Verkehrsstraßen in Betracht. Von diesem Standpunkt aus hat der letzte deutsche Reichstag denn auch bereits 40 Millionen Thaler für den Umbau der Festungen in Elsaß-Lothringen ohne Murren angewiesen. Nachdem Deutschland in den Reichslanden mit Metz und Straßburg eine so starke Vormauer erhalten hat, war vielfach die Meinung verbreitet, daß die bisherigen großen Waffenplätze im Westen theilweise entbehrlich geworden seien. Der vorliegende Entwurf hält gleichwohl Köln, Mainz, Koblenz und Ulm auch ferner für nothwendig und verfügt einen Umbau dieser Plätze, welcher, abgesehen von dem, was die nächsten Interessenten dazu beitragen sollen, 11½ Millionen Thaler kostet. Nur Minden wird als Festung im Westen ausdrücklich aufgegeben. Ueber das Schicksal der kleineren Festungen: Wesel, Saarlouis, Germersheim und Rastatt enthält der Entwurf keinerlei Bestimmung. Gleichwohl hat Saarlouis in seiner Vereinzelung jede Bedeutung verloren und kann, da die umliegenden Höhen nicht mit in die Befestigung hineingezogen sind, auch nur ein Kugelfang genannt werden. Rastatt hatte früher eine Bedeutung gegen Straßburg, erscheint aber jetzt ohne Werth. Charakteristisch für die Vorlage ist, daß gegen Rußland Königsberg, Posen, Danzig und Thorn mit einem Aufwand von über 20 Millionen als Waffenplätze ersten Ranges beibehalten werden, und daß man sich in der Mark Brandenburg in Küstrin und Spandau zwei solche Plätze mit einem Aufwande von 9 Millionen schaffen will. Mit diesen Plätzen und einem weiteren Aufwande von über 25 Millionen für Küstenbefestigung scheint uns aber dann doch auch für die Sicherheit Deutschlands, soweit ein Volk durch Wälle und Thürme überhaupt geschützt werden kann, ausreichend gesorgt. Die Vorlage zieht alle Folgerungen für den Ausbau einzelner großer und starker Festungen, sie ist aber überaus konservativ in Betreff der Aufgabe der übrigen, namentlich kleineren Festungen. Stettin wird aufgegeben, über Magdeburg aber keine Bestimmung getroffen, obwohl an einem Orte die Verkehrsinteressen in dem Maße durch die fortifikatorischen Beschränkungen geschädigt werden, auch der militärische Werth des Platzes überaus zweifelhaft erscheint. Man rühmt der Vorlage nach, daß sie gegen Oesterreich nirgend große Waffenplätze schaffe. Warum werden denn aber von kleineren Festungen nur Erfurt, Wittenberg und Kosel, nicht auch Torgau, Glatz, Königstein und Ingolstadt aufgegeben, warum wird Neisse sogar ausgebaut? Die militärische Bedeutung dieser Plätze ist zudem eine derartige, daß sie eine siegreiche Armee ebensowenig im Vordringen gegen Berlin aufhalten können, wie Olmütz, Theresienstadt, Josephstadt und Königgrätz 1866 die preußischen Heere im Vordringen gegen Wien aufgehalten haben. Hiernach erscheint die Vorlage im Ganzen als etwas durchaus Unfertiges. Vielleicht hat die Erkrankung des Kronprinzen als Vorsitzender der Landesvertheidigungskommission (Moltke, Stiehle, Kameke, Podbielski) daran die Schuld getragen. Wenn aber der Reichstag so große Summen bewilligt hat, muß er das ganze neue System der Landesvertheidigung vollständig übersehen können, er muß namentlich, bevor er nach der einen Seite neue Verkehrsbeschränkungen im militärischen Interesse zugesteht, andrerseits wissen, welche Erleichterungen durch Aufgabe von Festungen dem Verkehre aus dem neuen Systeme erwachsen.

Die ungleiche Belastung der Zeitungen durch die Stempelsteuer.

Wie viel Entrüstung ist darüber laut geworden, daß die Mahl- und Schlachtsteuer hauptsächlich die minder bemittelten Klassen treffe, weil deren Hauptnahrung Fleisch und Brot ist. Daß die Zeitungsstempelsteuer eine mindestens ebenso große Unbilligkeit in sich schließt, weiß das Publikum gar nicht, weil die Zeitungen immer nur den Klagen Anderer Ausdruck geben und selten von den eigenen Bedrückungen sprechen. Die Presse hat die Hoffnung gehegt, daß, nachdem sie in den letzten sechs Jahren so maßvoll und patriotisch sich bewiesen und zu den nationalen Erfolgen der letzten Jahre mit Opfermuth ihren Theil beigetragen hat, die Regierung von selbst diese reaktionäre Steuer fallen lassen würde. Die Regierung hat auch diese Hoffnung genährt, denn gegenüber der allgemeinen Verurtheilung, welche die gesammte Presse — von der „Kreuzzeitung“ und „Germania“ bis zu den Blättern der Sozialdemokratie — über jene Steuer aussprach, wußte sie nichts Anderes zu erwidern, als daß die Einnahmen aus dieser Steuer, welche noch lange nicht eine Million betragen, nicht zu entbehren seien. Und wiederum hat sich die Presse bescheiden lassen; jetzt zeigt uns der Finanzminister überfüllte Kassen, einen Ueberschuß von mehr als 20 Millionen hat das vorige Etatsjahr ergeben, aber von der Aufhebung der Zeitungssteuer schweigt des Sängers Höflichkeit.

Für viele Blätter ist diese Abgabe sogar größer und drückender geworden. Die Posener Zeitung zahlte im Jahre 1868 noch nicht 4000 und jetzt bereits an 8000 Thaler Stempel.

Dieses Wachsen der Steuer geht nicht etwa gleichen Schritt mit der Zunahme der Abonnenten, sondern für jedes einzelne Exemplar hat sich die Steuer erhöht. Im Jahre 1868 betrug die vierteljährige Steuer für je ein Exemplar etwa 11 Sgr., im Jahre 1870 d. h. in einem Kriegsjahr, wo die Einnahmen aus den Inseraten gering, die Ansprüche an die Zeitungen (Originalkorrespondenzen, Telegramme, Wohlthätigkeits-Inserate) sehr groß waren, schon etwa 15 Sgr., in diesem Quartal zahlen wie bereits über 17 Sgr. für ein Exemplar. Unsere Leser haben von dieser Steuerschraube nichts empfunden, nicht nur ist das Abonnement nicht erhöht worden, sondern wir haben sogar noch mehr geboten wie sonst, seit dem Jahre 1870 erscheint die Zeitung in zwei Ausgaben und umfaßt täglich im Durchschnitt 2 bis 3 Bogen, während sie bis 1869 in der Regel nur 1½ Bogen stark war.

Diese Vermehrung des Stoffs, zu welcher uns die Konkurrenz antrieb (besonders die Konkurrenz der berliner Blätter), hat die Erhöhung der Steuer bewirkt. Wir wollen dies erklären.

Das Prinzip der Erhebung und Berechnung der Zeitungssteuer beruht darauf, daß ein Normalbogen angenommen wird, welcher 400 Quadratzoll umfaßt, und daß nach diesem die Zeitungen in Preußen berechnet und besteuert werden. Für einen solchen Normalbogen ist 1 Pfg. zu entrichten. Das Format der Posener Zeitung ist fast gleich einem solchen Normalbogen, erschiene sie also nur 12 Mal im Quartal, jedesmal einen Bogen stark, so würde sie für jedes Exemplar vierteljährlich 1 Sgr. — dies ist der niedrigste Steuersatz — zu entrichten haben. Bei 4000 Abonnenten würde also die Steuer pro Quartal 4000 Sgr. betragen. Aus dieser Darlegung werden unsere Leser die Art der Steuerberechnung ersehen: Die in einem Quartal erscheinenden Nummern und Beilagen einer Zeitung werden nach ihrem Quadratinhalte des Papierbogenumfangs zusammenaddirt, mit der Auflage der Zeitung multiplizirt und daraus dann berechnet: wie viel Normalbogen (á 400 Quadratzoll) verbraucht worden sind.

Erscheint nun eine Zeitung täglich (mit Ausnahme der Sonntage) in einer Stärke von zwei Normalbogen, so zahlt sie in den 78 Tagen eines Vierteljahrs $2 \times 78 = 156$ Pf. also 13 Sgr. pro Exemplar.

Nehmen wir nun eine dickleibige mit Inseraten gefüllte Zeitung Berlins, welche praeter propter täglich in 6 Bogen auftritt, so würde diese dreimal mehr d. h. 1 Thlr. 9 Sgr. zu bezahlen haben. Indessen da sagt das Stempelsteuergesetz: „Nein, das wäre gegen das Evangelium, welches besagt: wer hat, dem wird gegeben“, und setzt den höchsten Steuersatz auf 18¾ Sgr. fest.

Es ist klar, wie ungleich belastet dadurch die Zeitungen sind. Ein Blatt mit einem Vierteljahrsabonnement von 2¼ Thlr. zahlt nicht mehr als 18 Sgr. 9 Pf. d. h. etwa den 4. Theil seines Einkommens, während die Posener Zeitung bereits weit mehr als ⅓ ihres Abonnements (über 17 Sgr. von 1½ Thlr.) dem Stempelfiskal überlassen muß. Der theueren, mit Inseraten gesegneten Zeitung wird also der größte Theil der Steuer geschenkt; dies Geschenk soll z. B. bei der „Vossischen Zeitung“ — wie kürzlich die „Volkszeitung“ herausrechnete — jährlich an 60—70,000 Thaler betragen. Es zeigt sich mithin folgende Erscheinung: für den Raum, welchen die Redaktion mit theuer bezahlten Stoff füllt, muß sie steuern, indessen für die Inseratenbeilagen, die der Zeitung bezahlt werden, erhält der Zeitungsbesitzer die Steuer geschenkt. Glücklich die Inseratenblätter!

Die Absicht der reaktionären Gesetzgeber bei der ungleichen Steuerbemessung war die, der liberalen Volkspresse Schwierigkeiten zu bereiten; in der That genießen die „Kreuzzeitung“ und die „Nordd. Allg. Z.“ von der Begrenzung des Steuersatzes Vortheil, aber ebenso die „Vossische“ und die „Nationalzeitung“, ehemals ein strammes Oppositionsblatt. Die liberale Presse hat man also durch jene Maßregel nicht unterdrücken können, dagegen ist daraus eine ganz ungeheuerliche Begünstigung der Inseratenzeitungen (man denke an das Intelligenzblatt) gegenüber der Provinzialpresse geworden. Wodurch sich diese eine solche Zurücksetzung verdient hat, ist ganz unklar. Die Posener Zeitung war, als das Gesetz den Zeitungen die Stempelsteuer auferlegte, ein konservatives Organ, noch bis zum Eintritt der gegenwärtigen Redaktion fügte sie sich der Regierung, weil die hiesigen Verhältnisse nicht dazu angethan waren, um eine unabhängige, liberale Zeitung auf eigenen Füßen ohne Parteiunterstützung zu halten; außerdem konnte sich die Posener Zeitung Verdienste um den Staat zuschreiben, denn während der 75 Jahre ihres Bestehens hat sie mehr für die Entwickelung der Provinz und die Hebung des Deutschthums gethan, als alle Oberpräsidenten Posens zusammen, und trotzdem wurde sie mehr belastet als entschiedene Oppositionsblätter in Berlin.

Es zeigt dies so recht klar, wie brutal die Reaktion nach 1848 vorgegangen ist. Und trotzdem konnte sich die Steuer 20 Jahre lang erhalten. Wir müßten an der Gerechtigkeit verzweifeln, wenn sie noch länger bestehen bliebe.

Unter der Ueberschrift „Ein merkwürdiger Ministerialbeschluß“ enthält die „Spen. Ztg.“ nachstehende, sehr bemerkenswerthe Erinnerung, welche offenbar die Einleitung und Erklärung zu der schon heut früh mitgetheilten kgl. Kabinetsordre giebt:

Bekanntlich ist auf den Antrag des Fürsten Bismarck zur Reorganisation des Handelsministeriums vorläufig zweierlei beschlossen:

1) Die Errichtung eines Unterstaatssekretariats und

2) der Uebergang des Konzessionswesens von dem einzelnen Ressortminister an das Gesammtministerium.

Merkwürdig ist, daß beide Anordnungen nichts anderes sind, als die Wiederherstellung älterer Einrichtungen, welche, wenn sie geblieben wären, uns vermuthlich vor den jüngst enthüllten Uebelständen bewahrt hätten. Es gab im Handelsministerium früher einen Unterstaatssekretär, er verschwand erst unter der Heydt'schen Verwaltung nach 1848. Viel wichtiger aber noch ist, daß ebenfalls aus älterer Zeit ein Staatsministerialbeschluß vorliegt, welcher das Eisenbahnkonzessionswesen ausdrücklich der Entscheidung des Gesammtministeriums vorbehält. Dieser merkwürdige Staatsministerialbeschluß stammt vom 30. Nov. 1838 und ist außer den Mitgliedern des damaligen Ministeriums: Altenstein, Kamptz, Mühler, Rochow, Nagler u. s. w. auch von dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm unterzeichnet. Er enthält sehr ausführliche und, wie man zugestehen muß, vortreffliche Bestimmungen über die Prüfung der Anträge auf Konzessionirung von Eisenbahnanlagen. Danach ist der Antrag auf eine Konzession, in welchem die Nützlichkeit und Rentabilität des Unternehmens begründet, die gewählte Bahnlinie genau angegeben, eine Skizze der Terrainverhältnisse u. s. w. beigefügt werden soll, zunächst dem Chef des Handelsdepartements zur Prüfung der allgemeinen Zulässigkeit vorzulegen. Aber der Handelsminister bestimmt weder über die Ablehnung noch über die Zulassung des Unternehmens. Will er es ablehnen, so hat er den dahingehenden Antrag mit seinem Gutachten dem Staatsministerium vorzulegen, will er es annehmen, so hat er sich ebenfalls mit allen übrigen Departements in Vernehmen zu setzen und eine nähere Prüfung des Konzessionsgesuches durch die Provizialbehörden zu veranlassen. Demgemäß soll der Konzessionsantrag dem Oberpräsidenten der Provinz und durch diesen den Regierungen zugehen. Diese sollen über die Nützlichkeit und Ausführbarkeit der Anlage, über die Bahnlinie, über die Solidität der an die Spitze des Unternehmens getretenen Personen, endlich über die Vorschläge wegen Zusammenbringung der Fonds und über die Maßregeln ihr Gutachten abgeben, welche getroffen werden müssen, um Aktienschwindel zu verhindern. Für alle diese Punkte wird den Regierungen anheimgestellt, mit den Landräthen, mit den Kommunalbehörden größerer Orte, mit besonders urtheilsfähigen Privatpersonen sich in Beziehung zu setzen und Informationen von denselben einzuziehen.

Wenn sich während der Prüfungsverhandlung andere Unternehmer für die Eisenbahnlage melden, so soll das soeben geschilderte Verfahren auch auf sie ausgedehnt werden, damit diejenigen Anerbietungen gewählt werden, welche dem öffentlichen Interesse am meisten entsprechen.

Nachdem das Verfahren vollendet ist, hat sich der Handelsminister mit den gewonnenen und auf Verlangen den übrigen betheiligten Verwaltungschefs noch vervouständigten Materialien an das Gesammtministerium zu wenden. Dasselbe beräth und entscheidet über die Zulässigkeit und Gemeinnützigkeit des Unternehmens und richtet, wenn ihm beides begründet scheint, den betreffenden Antrag an den König.

Dieser höchst wichtige Staatsmisterialbeschluß ist unseres Wissens niemals aufgehoben; er besteht als Richtschnur für die Verwaltung noch heute zu Recht. Aber er wurde in den Akten vergraben. Er wurde seit dem Anfang der 50er Jahre einfach vergessen. Welche wesentlichen Garantien er gegen den Mißbrauch bei der Ertheilung, wie bei der Verweigerung von Konzessionen bot, liegt auf der Hand. Beides, Verweigerung und Ertheilung entscheidet nicht eine einzelne Person, sondern das Kollegium der obersten Staatsbehörde. Ferner aber werden die Behörden der Provinzen und Kreise, die größeren Kommunen, die hervorragenden Privatpersonen der betreffenden Landestheile heangezogen. Die Leute, welche sich um eine Konzession bewerben, können sich nicht im Dunkel verstecken. Ihre Personen, ihre Absichten, ihre finanziellen Operationen fallen sofort der öffentlichen Kritik anheim. Hätte man diese Normen bisher beobachtet, so würden die Klagen über Zurücksetzung der Provinzen und Kommunen, über die willkürlichen und unausführbaren Bedingungen, welche man im Handelsministerium gerade solchen Unternehmern entgegengestellt habe, über die Begünstigung der großen Eisenbahngesellschaften, über die Bevorzugung einzelner Petenten aus der Aristokratie oder dem Beamtenstand — niemals haben eintreten oder doch niemals die heutige Ausdehnung gewinnen können. Hier eröffnet sich für die Untersuchungs-Kommission eine interessante Aufgabe. Sie hat die Gebrechen und Sünden unserer Eisenbahnverwaltung klar zu legen, sie muß also auch nachforschen, wie es möglich war, daß ein solcher Staatsministerialbeschluß seit mehr als zwei Jahrzehnten einfach ignorirt werden und statt dessen entgegengesetzte, in ihren Folgen höchst verderbliche Verwaltungsgrundsätze zur Geltung gelangen konnten.

Von dem Staatsminister a. D. Freiherrn v. d. Heydt ist der Spen. Z. mit Bezug auf den vorstehenden Artikel folgendes Schreiben zugegangen:

Der Artikel enthält aus dem Bereich meiner früheren Verwaltung zwei wesentliche Irrthümer, auf welche ich Ihre geneigte Aufmerksamkeit zu lenken mir erlaube.

Die Stelle eines Unterstaatssekretärs im Handelsministerinm bestand nicht etwa schon vor meinem Amtsantritt. Sie wurden vielmehr erst bei meinem Eintritt auf meinen Antrag gegründet und dem damaligen Direktor der Handelsabtheilung von Pommer-Esche übertragen, der dieselbe zehn Jahre bis zu seiner Berufung als Ober-Präsident der Rheinprovinz mit hervorragender Tüchtigkeit verwaltete. Alsdann blieb mit Rücksicht auf die in den einzelnen fünf Abtheilungen und insbesondere an deren Spitzen wirkenden ausgezeichneten Kräfte die Stelle des Unterstaatssekretärs unbesetzt.

„Bei Handhabung des Eisenbahn-Konzessionswesens ist das betreffende Gesetz vom Jahre 1838 seit dem Anfang der 1850er Jahre keineswegs — wie jener Artikel angiebt — in Vegessenheit gerathen, sondern wie die Akten ergeben müssen, sehr genau beobachtet worden. Es ist meines Wissens keine Konzession ertheilt worden, bevor nicht das vorgeschriebene Verfahren stattgehabt und zunächst auf den herbeige-

führten Beschluß des Staatsministeriums über die Frage der Zulässigkeit die Allerhöchste Genehmigung eingeholt worden".

Deutschland.

△ **Berlin**, 3. März. Für den Landtag wird noch eine wichtige Gesetzvorlage vorbereitet, die schon seit einiger Zeit in Aussicht genommen ist. Es handelt sich um eine Vereinigung des Oberappellationsgerichts mit dem Obertribunal, mithin um die Verwirklichung der im 92. Artikel der Verfassung enthaltenen Bedingung, daß nur Ein oberster Gerichtshof in Preußen bestehen soll. Bekanntlich war die Vereinigung beider Gerichte bereits wiederholt aus parlamentarischer Initiative angeregt worden. Nach der Erklärung, welche der Handels-Minister jüngst in der Budget-Kommission abgegeben hat, darf der Rücktritt desselben in nächster Zeit erwartet werden. Gleichzeitig mit diesem Personalwechsel in der obersten Leitung des Handelsministeriums werden, wie ich höre, auf den speziellen Antrag des Fürsten Bismarck bedeutende Veränderungen in dem speziellen Ressort der Eisenbahnverwaltung und namentlich im Zusammenhange mit der Reichsverfassung zur Erwägung und Entscheidung kommen. — In einzelnen Blättern finden sich Mittheilungen, welche auf einer Verwechslung der Aufgabe der Spezial-Untersuchungs-Kommission mit dem vom Staats-Ministerium angeordneten Skrutinial-Verfahren gegen Herrn Wagener beruhen. Letzteres steht aber in keinem direkten Zusammenhange mit der Spezial-Kommission, und der Oberfinanzrath Schubmann ist ja auch nicht Mitglied der Kommission. Das Skrutinial-Verfahren ist deshalb vom Staats-Ministerium beschlossen worden, weil die von Herrn Wagener eingereichte Vertheidigungsschrift über einzelne Punkte nicht genügende Auskunft ertheilt und weil außerdem noch inzwischen die Anschuldigungen gegen Wagener durch die neuen Mittheilungen Laskers erweitert worden sind. Die Verhandlungen der Kommission werden durch die Erkrankung des Herrn Lasker wesentlich erschwert, jedoch befindet sich derselbe wieder auf dem Wege der Besserung und er hat auch bereits einen Theil des von ihm gesammelten Materials der Kommission übergeben. Es wird jetzt in positiver Weise bestätigt, daß der bisherige Bezirks-Präsident in Metz, Graf Eulenburg, zum Ober-Präsidenten von Hannover ernannt worden ist. Es war jedoch vollkommen berechtigt, wenn ich noch vor Kurzem mittheilte, daß Graf Eulenburg zwar für eine der erledigten Ober-Präsidialstellen in Aussicht genommen sei, daß aber noch nicht entschieden worden, welche Stelle ihm zufallen solle. Bis zur Ernennung des Herrn von Patow für die Provinz Sachsen war auch diese Persönlichkeit für das Ober-Präsidium in Hannover in Aussicht genommen worden.

— Aus bester Quelle erfährt die „Voss. Ztg.", daß der Kaiser in einem Handschreiben an den Direktor des königl. statistischen Bureaus, Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Engel seine Befriedigung über dessen erwähnte Arbeit: „Die Verluste der deutschen Armee im Kriege gegen Frankreich" ausgedrückt hat.

— Um die in englischen Fabriken für die deutsche Armee angefertigten neuen Infanterie-Gewehre (M. 71) nebst den dazu erforderlichen Munitions-Materialien abzunehmen, zu revidiren, resp. auch im Schießen zu erproben, begiebt sich demnächst — wie die „D. R. C." hört — ein hierzu bestimmtes besonderes Kommando von hier auch nach Birmingham. Dieses unmittelbar unter dem Befehl der Inspektion der Gewehr-Fabriken stehende Kommando, besteht vorläufig aus einem Hauptmann, sowie einigen Waffen- und Munitionsrevisoren, endlich auch aus einigen Schützen, welchen die Kontrole des Anschusses übertragen ist. Je nach Zunahme der Thätigkeit dieses Kommando's soll jedoch auch das Personal desselben durch weitere Zuertheilung von einem oder zwei Offizieren und den nöthigen Revisoren und Schützen vermehrt werden.

— Der „K. Z." wird telegraphirt: Herr Lasker hat sich, wie versichert wird, nach der ersten Sitzung der Untersuchungs-Kommissions über die Geschäftsordnung im Ganzen zu finden geäußert. Die zweite Sitzung der Spezial-Untersuchungs-Kommission hatte auf ihre Tagesordnung die Wagener'sche Angelegenheit gesetzt. Gutem Vernehmen nach ist der größte Theil des reichen Materials, das pro und contra eingelaufen war, bereits gesichert worden. Die Verhandlungen der Kommission werden von zwei auf Verschwiegenheit vereideten Stenographen nachgeschrieben.

— Der General-Postdirektor Stephan hat, wie verlautet, die Absicht, auf der wiener Weltausstellung ein Gesammtbild der deutschen Tagesliteratur zu geben, und zu diesem Zwecke die bedeutenderen deutschen Zeitungen und Journale, politischen und nicht politischen Inhalts und ohne Unterschied, in welchen Zeiträumen dieselben erscheinen, zu einer Sammlung zu vereinigen. Blätter von ausschließlich lokaler Bedeutung und reine Anzeigeblätter bleiben außer Betracht. Die Reichspostanstalten sind angewiesen worden, mit den Verlegern der in ihren Geschäftsbezirken erscheinenden und zu dem beregten Zwecke geeigneten Blätter, wegen kostenfreier Ueberlassung eines Exemplars derselben in Verbindung zu treten. Im Interesse der Uebereinstimmung sind überall die vom 22. März d. J. datirten Zeitungsnummern bestimmt worden; von denjenigen Blättern, welche an dem bezüglichen Tage nicht erscheinen, wird die letzte Nummer genommen werden, welche vor dem 22. März ausgegeben wird.

— In der bekannten Kriminalprozeßsache gegen den Schriftsteller Dr. Gustav Rasch und die Redaktion des berliner „Börsen-Couriers" wegen Beleidigung des Generals Vogel von Falkenstein als Mitglied der bewaffneten Macht, wegen einer im „Börsen-Courier" veröffentlichten Kritik der Einkerkerungen Johann Jacoby's, der Hannoveraner Minister von Münchhausen, Pastor Grote, Dr. Eichholz und Advokat Fischer in Lötzen und Königsberg, ist nun endlich auch die Entscheidung des Obertribunals ergangen. Indem die Gerichtshöfe erster und zweiter Instanz die Ungesetzlichkeit des Verfahrens des Generals Vogel von Falkenstein gar nicht in Abrede gestellt werden, waren beide Angeklagte dennoch zu 25 Thlr und 10 Thlr. Geldstrafe verurtheilt worden, weil sie das Verfahren nicht allein „ungesetzlich", sondern auch „willkürlich" genannt hatten. In dem Ausdruck „willkürlich" war die Beleidigung gefunden worden. Der Redakteur des berliner „Börsen-Couriers" hatte sich bei dem Erkenntniß zweiter Instanz beruhigt: Dr. Rasch hatte die Nichtigkeitsbeschwerde beim Obertribunal eingelegt. Die Zurückweisung der Nichtigkeitsbeschwerde ist nun in diesen Tagen durch Erkenntniß des Obertribunals erfolgt. Bekanntlich hat Dr. Rasch während der Dauer des Prozesses, gestützt auf die Entscheidungen der beiden Gerichtshöfe erster Instanz, nacheinander bei der Staatsanwaltschaft in Hannover, bei dem preußischen Kriegsministerium und bei dem General-Auditoriate der preußischen Armee Anträge gemacht, der General Vogel von Falkenstein wegen der Ungesetzlichkeit dieser Einkerkerungen zur Untersuchung und zur Bestrafung zu ziehen, ist aber mit seinen Anträgen von sämmtlichen Behörden „weil sie zur Einleitung eines kriegsgerichtlichen Verfahrens gegen den General Vogel von Falkenstein nicht kompetent seien", zurückgewiesen worden.

— Nach den neuesten Nachrichten ist der Konflikt zwischen der deutschen Künstlerschaft und dem Generaldirektor der wiener Weltausstellungs-Kommission Baron v. Schwarz-Senborn glücklich ausgeglichen. Die deutschen Künstler erhalten vier Oberlichtsäle und vier Seitenlichtsäle und Wandfläche im Ehrensaal in gleicher Größe und Lage wie Frankreich. Die Behangfläche, die Deutschland zur Verfügung gestellt ist, macht reichlich 3000 Quadratmeter aus. Der „Voss. Ztg." zufolge ist das Arrangement durch die Uneigennützigkeit der wiener Künstler erzielt worden, welche die ihnen überwiesenen Räumlichkeiten den deutschen Künstlern abgetreten haben.

— [Zur Arbeiterbewegung.] Von dem Strike-Komite der berliner Abputzer ist, „zu Händen der Herren Bau- und Maurermeister Berlins" und „um in Zukunft etwaigen Differenzen vorzubeugen" ein neuer Tarif für Putzarbeiten unterbreitet worden, welcher neben der Forderung eines eventuellen Tagelohnes von 3 Thlr. so riesige Akkordsätze verlangt, daß vielleicht dieses drastische Mittel endlich dem hier blühenden und von Architekten und Kunstkritikern wiederholt verdammten elenden Putzbau ein Ziel setzt. Nach dem neuen Tarif würde nämlich eine gesetzte und in Zement geputzte Säule fast doppelt so viel kosten als eine Sandsteinsäule. Aber auch gegen unfachgemäße Ziegel-Verblendbauten richten die Putzer ihre Angriffe indem sie für das gewöhnliche Fugen der Rohbau-Facaden kolossale Preise aufstellen. Am Freitag früh haben die Boden-Arbeiter der Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft die Arbeit eingestellt.

— Der Droschken-Strike dauert fort. Auch gestern und heute (Montag) hatten die sonst von Fuhrwerk so belebten Straßen von früh bis Abend ein sehr stilles Aussehen. Natürlich hat der Strike eine Belästigung für verschiedene Zweige des Verkehrs, wie Gasthöfe, Theater, Eisenbahnen u. s. w.; doch erträgt das Publikum stellenweise das Uebel mit vielem Humor und belacht manche vorkommenden komischen Szenen. So sah man z. B. gestern Nachmittag in der Louisenstraße einen von zwei Dienstleuten gezogenen Handmöbelwagen mit 13 jungen Leuten, anscheinend Studirenden, eine Spazierfahrt machen. Unangenehmer gestaltete sich die Sache am Sonnabend auf einigen Eisenbahnhöfen, z. B. dem Stettiner, Anhaltischen und Ostbahnhof, wo Zusammenrottungen von privatisirenden Kutschern über einzelne ankommende, nicht zum Strike gehörige Droschken herfielen und sie umzuwerfen suchten. Die Polizei schritt ein und hatte für gestern jedem ähnlichen Unfug vorgebeugt. Auf den Bahnhöfen sind überzählige Omnibuswagen, Privatfuhrwerke, Thorwagen, selbst Handkarren mit Hundebespannung und Gepäckträger und Trägerinnen aufgestellt, um die ankommenden Reisenden zu befördern. Viele der Droschken haben sich im Stillen als Stadtequipagen etablirt, und die Omnibusse und und Fuhrwerksbesitzer machen die besten Geschäfte. Bis jetzt halten übrigens die Droschkenbesitzer fest an ihrer Opposition, obschon ihnen dadurch eine tägliche Einnahme von 12—15,000 Thlr. verloren geht, und die größeren Fuhrherren scheinen die kleinen zu unterstützen. Wie erzählt wird, sollen die Droschkenvereine von London und Wien Aufforderungen an die Strikenden gerichtet haben, an ihren Forderungen, namentlich dem Fortfall der Polizeiaufsicht, festzuhalten und Unterstützungen für die Ausfälle in „Aussicht" stellen. Publicus wollte sogar von einem Zuschuß der Omnibusgesellschaften wissen. Am Sonnabend und gestern wurden von den Droschkenkutschern verschiedene Spazierfahrten in sehr erregter Stimmung gemacht. Auf der anderen Seite soll das Polizeipräsidium strenge Maßregeln vorbereitet haben. Am Sonnabend Mittag erfolgte in der ganzen Stadt eine Zählung aller, trotz des Strikes fahrender Droschken, die aber nur ein geringes Resultat ergab. Eine lustige Gesellschaft, scheinbar aus den besseren Ständen, karitirte die Droschkennoth dadurch, daß sie einen Hunde-Möbelwagen nahm und vor diesen 7 Dienstleute spannte. Von dieser ca. 12 Personen zählenden Gesellschaft hatte einer das Amt des Kutschers übernommen und führte die sieben Leinen der Dienstleute in der Hand. So durchjagte dies Siebengespann die Linden, überall große Heiterkeit erregend und von Hunderten Neugieriger gefolgt. Das Urkomische der Situation hinderte selbst die Schutzleute, gegen diesen etwas verspäteten Karnevalsscherz einzuschreiten und selbst Kaiser Wilhelm, der seine Mittagsspazierfahrt gemacht hatte, und nun vom Brandenburger Thor die Linden entlang nach dem Palais fuhr, mußte in ein herzliches Gelächter ausbrechen, als er dieses Gefährtes ansichtig wurde.

— Der „Reichsanzeiger" Nr. 55 publizirt die Verordnung, betreffend das Verfahren vor dem kaiserlichen Rath in Elsaß-Lothringen; vom 22. Febr. 1873.

Stettin, 27. Februar. Die Sydow'sche Angelegenheit findet hier ein Nachspiel. Ein für eine Landgemeinde gewählter Geistlicher Stettins hat die Erklärung der zwölf pommerschen Pastoren für Sydow mitunterschrieben. In Folge dessen denunzirt die — nur aus Tagelöhnern bestehende — Gemeinde ihren zukünftigen Pastor beim hiesigen Konsistorium. Dieses hat nun behufs der Untersuchung jener Angelegenheit den betr. Geistlichen vor sein Forum citirt und zwei seiner Mitglieder mit der Inquirirung betraut.

Bonn, 28. Februar. Wie der „Germania" von hier telegraphisch gemeldet wird, wurde in Sachen der Unterzeichner des Telegramms, welche den Papst anläßlich einer hierselbst abgehaltenen großen Bürgerversammlung wegen seiner in der letzten Allokution ausgesprochenen Gesinnung beglückwünschten, heute das Urtheil gefällt. Es lautet auf Freisprechung.

Gotha, 26. Februar. Was bis jetzt noch mit keinem hiesigen Landtage möglich zu machen war, nämlich die totale bezw. finanzielle Verschmelzung der Herzogthümer Koburg und Gotha, das wird mit dem gegenwärtigen Landtage zu bewerkstelligen sein. Die Wahlen zum gemeinschaftlichen Landtag sind, der Majorität nach, so ministeriell ausgefallen, daß hieran nicht länger zu zweifeln ist.

Heidelberg, 26. Febr. Der Bisthumsverweser Kübel hatte in seinem Hirtenbrief gegen die Altkatholiken eine Reihe von Vorwürfen und Beschuldigungen gerichtet. Dr. Michelis forderte Herrn Kübel auf, für die öffentlichen Anklagen auch öffentlich Beweise beizubringen. Daß dies nicht geschehen, ergiebt folgende neue Veröffentlichung des erstern:

Der Fastenhirtenbrief des Herrn v. Kübel ist von den Kanzeln verlesen, ohne daß meiner Aufforderung, die in demselben der katholischen Opposition aufgebürdeten Unwahrheiten durch irgend welche authentische Belege zu beweisen, so viel ich weiß, Genüge geschehen ist. Ich müßte mich selbst preisgeben, wenn ich bei dieser Sachlage mit der Erklärung zurückbliebe, daß ich nunmehr den Mißbrauch der Kanzel und des Hirtenwortes zur Verbreitung von Unwahrheit und Verleumdung konstatire, von allen Gräueln, die auf Erden geschehen, wohl der gräulichste. Möge der Herr v. Kübel mich wegen dieser Erklärung vor Gericht belangen, wenn er dazu den Muth hat.

Heidelberg, den 25. Februar 1873. Michelis.

Frankreich.

Paris, 1. März. Thiers hält sich in der National-Versammlung in der Reserve und wird, wenn er nicht früher dazu gezwungen wird, sich bis zur Debatte über Art. 4 schonen, um nicht zu früh sein Pulver zu verschießen. Einstweilen läßt er Dufaure die Rechte, Ricard die Linke für seine Zwecke bearbeiten, und die heutigen Reden dieser

---

Ein Nachwort zur Copernikusfeier in Thorn.

Aus Thorn wird uns geschrieben:

Die Posener Zeitung hat in Nr. 92 über die hiesige Copernikusfeier einen Bericht aus der „Königsb. Hart. Ztg." aufgenommen, dessen Inhalt hier große Verwunderung erregt hat, da er uns Dinge aus dem Verlaufe des Festes erzählt, von denen hier auch der aufmerksamste Theilnehmer des Festes nichts wahrgenommen hat. Die Festrede des Hrn. Prof. Dr. Prowe enthielt nicht eine sehr ausführliche Biographie von Copernikus, sondern vielmehr eine allerdings auf geschichtliche Thatsachen gestützte und auch im Ganzen nach dem geschichtlichen Laufe geordnete Darlegung seiner Verdienste und, so viel dies noch aufzudecken ist, seiner Geistesentwickelung und des Entstehens seiner epochemachenden Gedanken vom Weltgebäude. Der Redner hob besonders die Geistesfreiheit des Copernikus hervor, (vir animo liber wird er von Keppler und Humboldt genannt), welcher zuerst den Kampf begann, dessen siegreicher Beendigung wir uns nähern. Der Redner hat allerdings die Worte gebraucht: „wenn heute der Geist des Copernikus herniederstiege", aber nicht um diesen ein Hoch auf Kaiser Wilhelm rufen zu lassen, sondern um anzukennen, welche Fortschritte die Entwickelung geistiger Freiheit in jetziger Zeit gemacht hat, und an diese Entwickelung knüpfte der Redner dann den Wunsch für ihren Beförderer: Segen sei mit Kaiser Wilhelm. Da der Redner kein Hoch auf den Kaiser ausrief, konnten die Versammelten auch nicht in dasselbe einstimmen, und hatten keinen Anlaß, sich von ihren Sitzen zu erheben. Der königsberger Referent hat sich nicht damit begnügt, Thatsachen zu erdichten, er hat auch Namen gefälscht und unbefugt Würden verliehen. Denn für Druckfehler kann man „Gelle, Knobloch, Pellioconi, Thompsen" statt: „Golle, Knoblauch, Pellicioni, Thompson" unmöglich halten; der letztgenannte ist auch nicht Unterstaatssekretär, sondern Sekretär der geographischen Gesellschaft zu Newyork. Das Buch, dessen Dedikation Sr. Maj. angenommen, ist nicht vom Prof. Dr. Prowe verfaßt, sondern von Copernikus, enthält auch nicht dessen Leben und Wirken, sondern seine Himmelstheorie, denn es ist die Säkularausgabe des Werkes de revolutionibus orbium caelestium. Dasselbe Werk, freilich nicht so prachtvoll ausgestattet, wie das dem Kaiser übersandte Exemplar, wurde auch den Polen als Erwiderung auf ihre Festgabe übergeben.

Zu dem im Schützenhause veranstalteten Festdiner wurde keine Deputation aus dem Artushofe entsendet, es nahmen vielmehr Mitglieder des Copernikus-Vereins und des Festkomites von vorn herein an dem Mittagsmal im Schützenhause Theil, namentlich die Herren Kaufmann G. Prowe, Dr. Brohn und Direktor Dr. A. Prowe, der Dichter des am Abend des 18. Febr. aufgeführte Festspiels. Der Festungskommandant Herr Oberst v. Reichenbach hat sich zwar um das Gelingen des Festes sehr große Verdienste und gerechte Ansprüche auf großen Dank erworben, aber da er bei keiner der Festlichkeiten auch nur einmal Anlaß hatte öffentlich zu sprechen, kann er auch unmöglich als Hauptfestredner erwähnt werden. Der angebliche Auftrag des Prof. Dr. Occioni, sich genau über die Schulverhältnisse in Deutschland zu unterrichten, beschränkt sich darauf, daß am 20. Febr. Prof. Occioni den Dir. Dr. A. Prowe in dem Schullokal aufgesucht hat, um ihm Lebewohl zu sagen. Man sieht, es giebt auch in Deutschland Journalisten, die im Stande sind es den Franzosen gleich zu thun.

An der polnischen Copernikus-Feier im Gasthause zu den drei Kronen nahmen, wie man hört im Ganzen 333 Herren Theil, fast sämmtlich natürlich Auswärtige, denn in der Stadt Thorn dürfte es schwer sein auch nur sechs Polen aufzufinden die von dem wirklichen Werth und der hohen Bedeutung der copernikanischen Leistung auch nur annähernd einen Begriff haben. Ihr Ref. kennt nur einen, der die dazu nöthige Bildung und Kenntniß besitzt. Die Polen haben es sich viel, sehr viel Geld kosten lassen und damit doch nichts weiter erreicht, als eine Demonstration, die wirkungslos blieb, weil sie von denen nicht beachtet wurde, denen sie in die Augen fallen und imponiren sollte. Daß dabei der große Entdecker und Vorkämpfer für Geistesfreiheit gegen Vorurtheile u. unberechtigte Autorität, nicht wegen dieser Eigenschaften gefeiert, sondern nur als Pole gepriesen u. als frommer Priester verherrlicht wurde, ist bei der jetzigen Richtung der polnischen Agitation sehr erklärlich; schade nur daß die eigensinnige Geschichte weder Predigten noch Festreden und Toaste als urkundliche Beweise gelten läßt, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, auch nur eine in polnischer Sprache geschriebene Zeile von Copernikus aufzufinden, ja nicht einmal nachzuweisen, daß er des polnischen Ideoms überhaupt kundig gewesen ist. Für die katholische Kirche aber hat Copernikus nicht mehr gethan, als jeder Geistliche jener Zeit, der katholisch blieb und nicht zur Lehre Luther's übertrat, die ihm zugeschriebenen Gedichte Septem Sidera betitelt, sind unzweifelhaft mit Unrecht ihm beigelegt. Auch wird sogar bestritten, daß er überhaupt vollberechtigter Priester gewesen sei, und behauptet, daß er die höheren Weihen niemals empfangen habe, was im 15. und 16. Jahrhundert ihn nicht gehindert hätte, doch eine Domherrenstelle inne zu haben, auch alle Rechte eines Domherrn auszuüben. Dies ist indessen gleichgiltig, nicht die Kirche, sondern die freie Wissenschaft war das Gebiet, auf welchem Copernikus sich unsterbliches Verdienst erwarb. Eines Punktes bei der polnischen Copernikus-Feier möge noch gedacht werden, weil er für Posen unmittelbares Interesse hat. Von dem Festkomite der Stadt und des Copernikus-Vereins war auch die Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften in Posen zur Theilnahme und Abordnung eines Vertreters eingeladen worden. Der Vorsteher dieser Gesellschaft Hr. Dr. Liebelt antwortete dem Festkomite ablehnend, weil sein Zustand nach überstandener schwerer Krankheit ihm eine solche Reise und Festbetheiligung nicht gestatte, drückte sein Bedauern aus, daß das Jubiläum in Thorn sich in zwei nationale Richtungen zersplitterte und nicht einen internationalen Charakter angenommen habe, und fügte diesem Bedauern den Wunsch bei, daß beide Copernikus-Vereine durch gegenseitiges Entgegenkommen beim Besuche der Merkwürdigkeiten der Geburtsstadt den Beweis abgeben mögen, wie unendlich höher sie die geistige Bedeutung des Jubiläums über das zufällig Nationale des Jubilars setzen. Herr Dr. Liebelt, der Pole von deutscher Abstammung (sein Großvater war evangelischer Pfarrer in den deutschen Dörfern der thorner Niederung, und es leben noch in Thorn andere Enkel dieses Predigers), hatte aber von Posen aus selbst die Absendung der Polen und die Veranstaltung einer polnisch-katholischen Feier ins Werk gesetzt, ist auch zu diesem persönlich erschienen, hat aber keine Schritte zu wohlwollenden Entgegenkommen gethan, vielmehr mit dazu gewirkt, um die Nationalitäts- und Kirchenfrage zu betonen, und die wissenschaftliche Bedeutung des Jubiläums bei Seite zu setzen. Das städtische Festkomite hatte dagegen mit ängstlicher Sorgfalt alles vermieden, was irgend an den Nationalitätenstreit auch nur erinnern konnte, selbst in den Toastreden an der Festtafel.

Ein Urtheil Moltkes.

Das „Militair-Wochenblatt" reproduzirt in einem Bericht über die Vorlesungen des russischen Oberstlieutenant Flügeladjutanten von Seddeler über den Feldzug 1870—71 eine Aeußerung, welche General-

beiden Adjutanten des Präsidenten der Republik haben keinen anderen Zweck als diesen. Thiers wird, wie dies vollkommen in der Lage begründet ist, auf seinem Scheine beharren, auf der Botschaft vom 13. November, mit dem er eben steht und fällt. Die Antwort Broglie's auf Gambetta's Rede war voll von akademischen Feinheiten, aber da sie Alles im Zwielichte ließ, so bestätigte sie nur, was Gambetta über das Treiben der Fledermäuse, die das Licht scheuen, gesagt hatte. Erst am Schlusse des zweiten Tages verlangte Thiers den Schluß der allgemeinen Diskussion: das ist nicht gerade vielverheißend. Noch läßt sich über den Ausgang der Debatte nur sagen: man ist neugierig, wie Thiers sich aufs Trockne bringen wird; denn daß er sich vor der Linken oder vor der Rechten ins Wasser legen wird, ist nicht wahrscheinlich, und daß er selbst dann nicht untersinken wird, ist so gut wie gewiß. — Seinen Widerwillen gegen die Anerkennung der spanischen Republik kann Thiers selbst dem spanischen Botschafter Olozaga, mit dem er auf vertraulichem Fuße steht, nicht verbergen, und meinte auf dessen Zureden: „Laissez-moi tranquille avec votre République; j'en ai assez avec une République.“ Daß er die Anerkennung in die Länge zieht, ist hauptsächlich seiner Absicht zuzuschreiben, die französische Republik in dieser Hinsicht so handeln zu lassen, wie die monarchischen Staaten Europas, nur nicht wie die Schweiz und die Vereinigten Staaten, welche sofort die neue Republik anerkannten. Er hofft dadurch einem Theile des monarchischen Europas, auf dessen Allianzen er für gewisse Fälle hofft, eine Art von Bürgschaft zu geben, und diesem darzuthun, daß Frankreich, wenn es sich auch Republik nennt, doch wie eine Monarchie handelt. Die Carlisten erhalten ungeachtet der Beschwerden Olozaga's fortwährend Zuzug aus Frankreich. Vor zwei Tagen trat wieder eine bewaffnete Bande, deren Mitglieder sich bis dahin in der Umgegend von Biarritz und St. Jean de Luz aufgehalten hatten, auf spanischen Boden über, ohne im Mindesten behelligt zu werden. Sie trug die Uniformen der französischen Ex-Nationalgarde, welche von den carlistischen Agenten jetzt vielfach aufgekauft werden. Es sollen sich auch viele Franzosen in den Banden befinden. — Dem Papst selbst legt man über das Schreiben des Grafen folgende Worte in den Mund: „Der Herr Graf von Chambord vergißt, daß ich allein unfehlbar bin.“ Kardinal Antonelli soll auch tief beklagen, daß der Graf von Chambord sich so starr benimmt und dadurch eine jede Restauration der Monarchie in Frankreich, auf die bekanntlich der päpstliche Hof alle seine Hoffnungen gesetzt hat, unmöglich macht.

Großbritannien und Irland.

London, 1. März. „Daily News“ bedauert Angesichts des deutschen Münzgesetzvorschlages nochmals, daß keine Einigung zwischen Deutschland und England zu Stande gekommen sei, da die beiden Systeme doch einander so nahe kommen. „Ein besonders interessanter Punkt in dieser Angelegenheit“, bemerkt das Blatt weiter, „liegt in den Aufschlüssen über den voraussichtlichen Umfang der Goldnachfrage für Deutschland während der nächsten Jahre. Durch die heutige Vorlage macht allerdings die deutsche Regierung England ein Kompliment, indem sie unsere einfache Goldwährung einführt, allein der Preis, den London und die übrigen Geldmärkte für diese Neuerung zu zahlen haben, ist hoch. Nur um das neue System überhaupt einzuführen, muß die deutsche Regierung 30 Millionen L. der neuen Währung in sechs Wochen bereit haben und sie muß außerdem noch mehrere Jahre lang jährlich weitere 15—20 Mill. L. prägen. Da die neue Goldproduktion in der ganzen Welt auf etwas über 20 Millionen L. jährlich veranschlagt wird und da die gewöhnliche Nachfrage für andere Zwecke sehr bedeutend ist, so folgt es naturgemäß, daß die Ansprüche an die vorhandenen Goldvorräthe und Währungen sehr stark sein müssen. Auf einige Zeit wenigstens werden die Geldmärkte der Welt, wofern nicht die jährliche Goldproduktion plötzlich zunehmen sollte, bedeutende Störungen durch den Mangel an Gold erleiden und die Entwerthung des Goldes, von der man so viel gehört hat, wird ins Stocken gerathen oder gar in das Gegentheil umschlagen.“ — Abermals wurde durch Sir R. Stephenson ein Versuch zur Beilegung des Strikes der Kohlenarbeiter in Süd-Wales gemacht, der jedoch ebenfalls vergebens war, und nun steht zu befürchten, daß der Streit so lange fortdauern werde, bis die eine oder die andere Partei aus Krafterschöpfung in die Bedingungen der anderen willigen wird. Darüber mögen noch Wochen vergehen und Tausende von Familien der bittersten Noth Preis gegeben bleiben. Allerdings sind die Kohlenpreise binnen wenigen Monaten in noch nie dagewesener Weise gestiegen und beträgt der Preisaufschlag 30, 50, ja, in einzelnen Fällen sogar 125 pCt. Aber die Gründe dafür sind kaum minder offenkundig als die Thatsache selber. In einer plötzlichen Erschöpfung der Kohlenlager sind sie eben so wenig zu suchen, als in dem allerdings stark gestiegenen Verbrauche. Die Steigerung des letzteren war eine allmählige — von 65½ Millionen Tonnen im Jahre 1871 — und auch die Steigerung der Ausfuhr (von 12¾ Millionen Tonnen im Jahre 1871 auf 13¼ Millionen Tonnen im Jahre 1872) war keine so gewaltige, um das beispiellose Hinaufschnellen der Preise auch nur annähernd zu erklären. Der wahre Grund liegt in den gestiegenen Ansprüchen der Arbeiter, und zwar nicht sowohl in den von ihnen errungenen höheren Lohnsätzen, sondern weit mehr in der von ihnen gleichzeitig erzwungenen Verkürzung der Arbeitszeit. In dem Maße als die Landesindustrie, vornehmlich das Eisengeschäft, sich hob und mehr Kohle verbrauchte, erzwangen die Bergwerksarbeiter sich höheren Tagelohn, und da dieser genügt, sie sehr behaglich bei bloß dreitägiger Arbeit in der Woche zu erhalten, machen sie im Durchschnitt vier Tage wöchentlich Feiertag. Mehr als vier Tage in der Woche wird nun schon seit Monaten in keinem englischen Kohlenbergwerke gearbeitet und da der viertägige Arbeitslohn den Kohlengräbern ein Jahreseinkommen abwirft, welches größer ist als die Besoldung eines preußischen Majors, vertreiben sie sich während der Hälfte einer jeden Woche die Zeit mit Tanz und Gesang, Hundehetzen, Boxerkämpfen, Ruderwettfahrten und endlosen Kneipgelagen. Solch wüstes Treiben, wie in den Minenbezirken, soll noch niemals dagewesen sein, und ich würde Anstand nehmen, den bezüglichen Schilderungen der englischen Presse Glauben beizumessen, wenn mich nicht persönliche, durchwegs verläßliche Freunde, die jene Bezirke bereisten, versichert hätten, daß die Farben eher zu schwach als zu stark aufgetragen seien. Diese Schlemmerei und Arbeitsscheu ist es, gegen die sich die Bergwerksbesitzer bisher viel stärker stemmten, als gegen die bloße Erhöhung des Tagelohns. Letztere hätte, da sie nicht über 20 und 25 pCt. beträgt, allein für sich eine Steigerung der Kohlenpreise um 50 und 100 pCt. nimmer hervorbringen können. Der Hauptgrund liegt in der verminderten Produktion, und gegen diese wird kein Untersuchungs-Ausschuß der Welt etwas vermögen, so lange die Arbeiter während der einen Wochenhälfte feiern, theils aus natürlicher Liebe zum Nichtsthun, theils aber auch auf Anstiften der Gewerkvereinsführer, welche auf diese Weise absichtlich die Produktion vermindern, die Löhne steigern und die zwingende Kraft des Streikesystems erhöhen wollen.

Rußland und Polen.

t. **Petersburg**, 26. Februar. Die Rüstungen zum Feldzuge gegen Chiwa werden mit regem Eifer und in auffallendem Umfange betrieben. Der General v. Kaufmann, der vor 8 Wochen nach Petersburg gekommen war, um mit dem Kriegsminister und dem Czaren den Operationsplan definitiv festzustellen, ist bereits nach Turkestan zurückgereist und unter seiner Leitung wird gegenwärtig die Kriegsarmee mobil gemacht. Dieselbe besteht zunächst aus den in Turkestan garnisonirenden Truppen, deren Gesammtstärke ca. 24,000 Mann beträgt; es werden aber auch zugleich Verstärkungen aus den zunächst gelegenen europäischen Gouvernements herangezogen, die bestimmt sind, die aus Turkestan abrückenden Truppen zu ersetzen und zugleich die Reserve der Kriegsarmee zu bilden. Ein Linien-Infanterie-Regiment aus Kasan ist bereits bis Orenburg vorgerückt, von wo es seinen Marsch weiter fortsetzen wird. Die in Orenburg sich aufhaltenden chiwaischen Kaufleute sind durch den Anblick der dort durchmarschirenden Truppen und durch die Nachricht von der Zusammenziehung der Kriegsarmee dermaßen in Schrecken gesetzt worden, daß sie ihre Handelsgeschäfte im Stich gelassen haben und schleunig in ihr Vaterland zurückgeeilt sind, um demselben die erschreckende Kunde von den großartigen russischen Rüstungen zu bringen. Die hiesige „Börsenzeitung“ stellt zwar die Trupppenbewegung in Turkestan und in der Richtung nach diesem Lande nicht in Abrede; sie will sie aber nicht als Beginn der Kriegsoperationen gegen Chiwa angesehen wissen. Doch unterliegt dieser Zweck der ungewöhnlichen Truppenbewegung um so weniger einem Zweifel, als nach sicheren Nachrichten aus Orenburg der Vortrab der Kriegsarmee sich bereits in Marsch gesetzt hat und namentlich ein Scharfschützen-Bataillon ungeachtet des fußhoch liegenden Schnees bis in das Innere der Steppen vorgedrungen ist. Der russische Kriegszug gegen Chiwa wird einer der größten und folgenreichsten sein, der gegen die mittelasiatischen Länder seit den Zeiten Alexanders des Großen unternommen worden ist. Welche Bedeutung die Russen demselben beilegen, beweist die Thatsache, daß nicht blos zahlreiche Garde- und andere Offiziere, sondern sogar zwei Großfürsten die kaiserliche Erlaubniß, den Feldzug als Freiwillige mitmachen zu dürfen, nachgesucht und erhalten haben.

Vom Landtage.

55. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 3. März. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministertisch Dr. Leonhardt, Graf Königsmarck, Camphausen mit zahlreichen Kommissarien.

Der Gesetzentwurf, betr. das Grundbuchwesen im Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitenstein, wird, wie er vom Herrenhause beschlossen ist, in erster und zweiter Berathung, also ohne Verweisung an eine Kommission, auf die vollwichtige Empfehlung des Abg. v. Beughem, des Justiz-Senats-Präsidenten in Ehrenbreitenstein, genehmigt. In demselben Sinne äußert sich Abg. Gescher, Kreisgerichtsrath in Ehrenbreitenstein

Abg. Graf Wintzingerode erklärt, daß er nur dann für die Vorlage stimmen könne, wenn der Justizminister durch den Erlaß von Instruktionen dafür Sorge tragen wolle, daß die große Zersplitterung des Grundbuchwesens einigermaßen beseitigt werde. —

Nachdem noch Abg. Gescher sich für die Annahme ausgesprochen, wird die Diskussion geschlossen und sofort in die zweite Berathung eingetreten und das Gesetz in der vom Herrenhause beschlossenen Fassung nach einigen Bemerkungen des Abg. Grafen Wintzingerode unverändert angenommen.

II. Erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfes über das Grundbuchwesen in den Hohenzollernschen Landen. — Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte ebenfalls in der vom Herrenhaus beschlossenen Fassung unverändert genehmigt.

III. Erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfes über das Grundbuchwesen in der Provinz Hannover mit Ausschluß des Jadegebiets.

Abg. Roscher, welcher einige Amendements zu diesem Gesetze gestellt hat, erklärt sich für die Annahme der Vorlage indem er zugleich die von ihm vorgeschlagenen Abänderungsanträge der Zustimmung des Hauses empfiehlt.

Abg. Dr. Windthorst (Meppen) erklärt, daß die Vorlage für die bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Hannover von der einschneidensten Bedeutung seien. Er würde daher niemals die Hand zu einem Schritte bieten, wie dies Gesetz ihn vorschlägt, wenn nicht die Provinziallandschaft, das Herrenhaus und Abgeordnetenhaus einstimmig sich für dieselben erklärt hätten. Er glaube, daß die Blüthe des hannoverschen Bauvorstandes durch § 8 der Vorlage vernichtet werde. —

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und nachdem die Frage des Präsidenten, ob die Vorlage an eine Kommission überwiesen werden soll, verneint worden, wird sofort in die zweite Berathung eingetreten, in welcher der Gesetzentwurf in der Fassung des Herrenhauses mit den von dem Abg. Roscher zu §§. 1, 43 u. 50 gestellten Amendements, welchen die Regierung theilweise zustimmt, angenommen wird.

Hierauf wird ohne Diskussion in erster und zweiter Berathung der Gesetzentwurf, betreffend die Organisationen der Generalkommissionen für die Provinzen Posen, Pommern und Brandenburg unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfes wegen Abänderung des Gesetzes vom 1. Mai 1851, betreffend die Einführung einer Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer. Der im Einvernehmen mit der Staatsregierung völlig umgearbeitete Gesetzentwurf, den die Kommission dem Hause vorlegt und dem die Mehrheit in demselben gesichert ist, ist bekannt. Heute liegen verschiedene Amendements vor, von denen das des Abg. v. Kameke den Klassensteuertarif ändern will. (Erste Stufe 1 Thlr. von 140 bis 200 Thlr., während die Kommission die Grenzen auf 140 bis 220 Thlr. fixirt, u. s. w.)

Referent Abg. Rickert: Sämmtliche Redner bei der ersten Lesung dieses Gesetzes und auch der Finanzminister haben den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß das Steuerreformgesetz endlich zu Stande komme und der letztere hat sich zu allen Konzessionen bereit erklärt, welche das Prinzip und das Wesen der Vorlage nicht tangiren.

(Fotsetzung in der Beilage.)

---

feldmarschall Graf v. Moltke an einen ausländischen Offizier gerichtet hatte, der bei einer Unterredung mit ihm u. A. sein Erstaunen über den genialen Operationsplan aussprach und diese Gelegenheit benutzte um ihm, der zum Erfolge des Krieges am meisten beigetragen, seine gerechte Bewunderung auszusprechen. Der Graf entgegnete mit der ihm eigenen Bescheidenheit, nicht ihm, sondern den Truppen verdanke man die fortwährenden Erfolge.

„Um einen genialen Plan zu entwerfen, muß man volles Vertrauen in die Truppen setzen und die Truppen wiederum in die Führer; man muß überzeugt sein, daß die Truppen pünktlich allen Anforderungen genügen, und in dieser Beziehung“, fuhr der Graf fort, „kann ich mit Stolz sagen, daß die Armee uns nicht getäuscht hat; im Gegentheil, sie übertraf stets unsere kühnsten Erwartungen. Fehler werden überall gemacht, also muß man auch in diesem denkwürdigen Kriege unsere Erfolge vielfach dem Umstande zuschreiben, daß die Franzosen deren noch mehr und gröbere machten als wir; das Geheimniß unserer Operationen liegt hauptsächlich darin, daß wie unrichtig sie auch kombinirt sein mochten, wir doch stets überzeugt waren, daß ein Corps auch unter den ungünstigsten Verhältnissen sich nicht weniger als 24 Stunden schlagen würde; in 24 Stunden aber kann man Alles wieder gut machen, besonders bei der wechselseitigen Unterstützung, welche sich unsere Truppen stets und überall leisteten“.

---

* **Berlin**, 2. März. Der Postgehilfe Wacke war in der Nacht zum 7. Februar d. J. auf dem hiesigen Hofpostamte mit dem Sortiren der rekommandirten Briefe beschäftigt, wobei ihm ein an den Bankier Schießmann gerichteter Brief durch sein Volumen auffiel. Er vermuthete eine größere Summe Geldes in demselben und unterschlug ihn; das Manko in der Stückzahl verdeckte er dadurch, daß er bei der nächsten Lieferung einen Brief weniger quittirte. Wacke hatte sich insofern nicht getäuscht, als er in dem Briefe 2430 Thlr. vorfand; schon am nächsten Tage kam jedoch das Verbrechen an den Tag und der untreue Postbeamte wurde gefänglich eingezogen und gestern zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt, wobei ihm der Gerichtshof die Wiederherbeischaffung der unterschlagenen Summe bis auf 90 Thlr. als mildernden Umstand anrechnete.

---

* **Die „Köln. Ztg.“** hat durch Zirkular vom 26. Februar ihren Agenten mitgetheilt, daß sie den Preis für Reklamen, die von Aktien-Gesellschaften ausgehen, auf einen Thaler pro Zeile erhöht habe.

---

* **Stade**, 21. Februar. In dem Kopulationsregister des Jorker Kirchenbuchs findet sich eine unseres Wissens noch wenig bekannte Notiz, deren Mittheilung einen interessanten Beitrag zu Lessings Leben bilden dürfte. Die Eintragung lautet wörtlich: Copulirte 1776, den 8. Dezember: Herr Gotthold Ephraim Lessing, herzoglich braunschweigisch-lüneburgischer Hofrath und Bibliothecarius zu Wolfenbüttel und Frau Eva Catharina König geb. v. Hahn aus der Pfalz, weiland Herrn Engelbrecht Königs nachgelassene Wittwe. Im Hause copulirt. Nota: Die Copulation ist mit Genehmigung des zeitigen Pastoris et Pastoris adjuncti hierselbst von dem Pastore Wehber zu Borstel in des Kaufmanns Johann Schuback Hause in der hiesigen Bürgerschaft verrichtet worden. Und hat gedachter Herr Pastor Wehber versichert, daß die nöthigen Concessiones zu dieser Copulation vom königl. Consistorio zu Stade, vom braunschweigischen Hofe und dem hamburgischen Rath gehörig beigebracht worden. (H. C.)

---

* **Geestemünde**, 25. Februar. [Zur Lehrerfrage.] Ein biederer Landbewohner aus der Umgegend von Langen klagte dieser Tage einem hiesigen Einwohner, daß seine Kinder so weite Wege zur Schule zu machen hätten. Er habe sich, um den Kindern eine Erleichterung zu gewähren, nunmehr dahin entschlossen, sich von Stade einen Hauslehrer zu verschreiben. Solch ein Mann bekäme fürs Jahr 30 Thlr. Gehalt; im Sommer müßte er dafür auf dem Felde mithelfen und wenn er ihn im Winter dann noch nach Langen und auf die andern Dörfer zum „Dreschen“ vermiethe, so bekäme er seinen Preis schon wieder aus ihm heraus.

---

* **Ein fürstlicher Dieb**. Man schreibt der „N. fr. Pr.“ aus Korneuburg: Fürst Karl Jablonowski, 15 Jahre alt, in der Leopoldstadt zu Wien geboren und in der Pfarrkirche St. Johann, Praterstraße, getauft, Sohn des verstorbenen Generals Jablonowski und der in Wien wohnhaften Fürstin Johanna Jablonowska, war zuletzt Lehrjunge in dem Vergoldergeschäfte der Herren Niebl und Färbl, welche in Korneuburg eine Werkstätte besitzen. Der Prinz, welcher von einem seiner, wenn auch nicht hochadeligen Freunde, Namens Joseph Eibl, wohnhaft zu Olgersdorf Nr. 18 im Bezirk Mistelbach, in Korneuburg besucht wurde, benützte diese Gelegenheit, um ihm herablassend eine Brieftasche mit einer Baarschaft von 117 Fl. zu entwenden. Dem Joseph Eibl ging diese Freundschaft doch ein wenig zu weit, und er machte deshalb bei der hiesigen Sicherheitswache hiervon die Anzeige, welche den jungen Fürsten in Haft nahm und dem Kreisgerichte einlieferte.

---

* **Ein absonderlicher Gelehrter.** In ungarischen Blättern findet sich folgende Geschichte: In einer Vorrede, welche Adrian Krzyzanowski, Professor in Warschau, zu einem der Werke von Copernikus verfaßt hat, schildert derselbe seine eigene pariser Reise und dortigen Erlebnisse. „Ich wurde,“ so erzählt der polnische Schriftsteller, „in Paris mit einem sehr originellen ungarischen Gelehrten, Namens Mantelly bekannt, der sich besonders durch seine Sprachkenntnisse auszeichnete. Er verstand vollkommen Lateinisch, Alt- und Neugriechisch, Arabisch, Hebräisch, Französisch, Englisch, Deutsch, Italienisch, Persisch, Syrisch, Aethiopisch, Sanskrit — im Ganzen also, außer seiner ungarischen Muttersprache, 13 Sprachen. Er lebte in der größten Armuth, konnte sich aber nie dazu entschließen, auch nur einen Buchstaben zu schreiben. Jedem Besucher antwortete er gern und gründlich auf jede ihm vorgelegte wissenschaftliche Frage: zahlte der Besucher aus eigenem Antriebe etwas dafür, so nahm er es an, verlangte jedoch nie von seinen zahlreichen Schülern ein Honorar. Ohne Hemd, barfuß, unbedeckten Hauptes, in zerrissenen Kleidern ging er durch die Straßen von Paris, und als einige seiner polnischen Freunde ihm eine vortheilhafte Professur in Warschau verschaffen wollten, lehnte er dies Anerbieten blos deshalb ab, weil er, um die Stelle zu erlangen, ein Gesuch hätte schreiben sollen. Er starb, wie er gelebt, im größten Elend, ohne auch nur eine einzige geschriebene Zeile von sich zu hinterlassen.

---

* **Die Ermordung Gustavs III.** In schwedischen Blättern liest man gegenwärtig eine Mittheilung von Professor A. Fryxell, derzufolge nicht Anckarström, sondern Ribbing den König Gustav III. auf dem Maskenball erschossen hat. Durch Losung der Verschworenen fiel Anckarström die Ausübung des Verbrechens zu; als aber dieser den Schuß abfeuern wollte, kehrte der König sich gerade zu ihm um, so daß er die Pistole nicht ungesehen hervorziehen konnte. Ribbing befürchtete, daß die Gelegenheit vorübergehen werde, weshalb er die Pistole an sich riß und dieselbe abfeuerte. Die Pistole fiel zur Erde, und dies veranlaßte Anckarström, sich der Todesstrafe zu unterwerfen, um nicht seinen Freund zu verrathen. Nach einer anderen Tradition, die in der Anckarström'schen Familie zirkulirt, sah Anckarström im Augenblick der That einige kleine als Engel verkleidete Mädchen den König umschwärmen und wagte dieser letzteren wegen nicht zu schießen. Ribbing, welcher diese seine Verwirrung bemerkte, entriß ihm die Pistole und feuerte den Schuß ab.

---

* **Ein todtgeglaubter Gatte.** Aus Voulgezac in der Charente meldet ein dortiges Blatt einen Vorfall, der den Juristen viel zu denken gibt. Ein Mobilgardist aus diesem Dorfe war von den Preußen gefangen genommen worden. Er gab keine Nachrichten mehr von sich. Nach etwa vierzehn Monaten wurde er ins Todtenbuch eingeschrieben, und die Wittwe verheiratete sich wieder, nachdem sie die gesetzmäßige Frist abgewartet hatte. Sie verlebte glückliche Flitterwochen mit dem neuen Freund ihres Herzens, vier Monate dauert schon der neue Bund ohne Trübung — da klopft eines Tages ein Mann an der Thür des Hauses zu Voulgezac, und auf das Herein! erscheint — Jean, der todtgeglaubter Mobilgardist. Selbst Salomon käme in Verlegenheit, müßte er den Kasus entscheiden, umsomehr, als die zweite Ehe nicht ohne Folgen geblieben.

Tagesübersicht.

Posen, 4. März.

Die Untersuchungskommission über die Mißstände im Einsenbahn-Konzessionswesen hat bereits drei Sitzungen gehabt, welche allerdings nur als vorbereitende Natur zu betrachten sind, während in der nächsten vierten Sitzung, welche heute, am 4. März, zusammentritt, nach Meldung der „Berl. Aut. Corr." mit den Vernehmungen angefangen werden wird. Bis jetzt ist noch nicht klar, fährt das Organ der nationalliberalen Partei fort, in wieweit es die Kommission für nothwendig halten wird, den Erlaß eines Gesetzes zu beanspruchen, welches ihr die Befugniß, Zeugenvorladungen ergehen zu lassen und Zeugen eidlich zu vernehmen, beilegt. Man glaubt, daß, wenn sich ein solches Gesetz als nothwendig erweisen sollte, dasselbe in kürzester Zeit durch beide Häuser des Landtages würde gefördert werden können. Durch das Unwohlsein des Abg. Lasker, welches übrigens bald zu Ende geht, ist die Sache um Einiges, jedoch nicht sehr verzögert worden, da von Seiten des Vorsitzenden der Kommission jede mögliche Rücksicht darauf genommen wird. Wenn sich in der Presse darüber Differenzen erhoben haben, ob die Verhandlungen der Kommission öffentlich seien oder nicht, so scheint sich uns die Sache nach der Natur des Verhältnisses zu bestimmen. Es giebt bei Untersuchungskommissionen zwei Wege: entweder den der vollen Oeffentlichkeit der Verhandlungen, wie dieses in England der Fall ist; dann hat es gar kein Bedenken, wenn auch jeder einzelne Theil der Verhandlungen sofort der Oeffentlichkeit übergeben wird, oder den der nicht-öffentlich geführten Verhandlungen; hierbei stellen sich natürlich bestimmte Rücksichten heraus. Es kann wohl für die eigenen Zwecke der Untersuchung sehr oft nothwendig sein, daß gewisse Punkte nicht veröffentlicht werden, insofern sie nicht ganz der Oeffentlichkeit übergeben werden können. Ebenso kann es auch zuweilen im Interesse der Personen sein, daß die Sache, so lange die Untersuchung an sich nicht ausgeschlossen ist, sondern in der Mitte stehen bleibt, nicht in die Oeffentlichkeit gelangt. Dieses sind jedoch nur Ausnahmen. Im Ganzen ist anzunehmen, daß der Zweck der Untersuchung eben die Oeffentlichkeit selbst ist und daß es eher in der Tendenz dieser Untersuchung liegt, die Ergebnisse nicht erst nach Monaten, sondern sobald sie überhaupt abgeschlossen sind, zur Kenntniß des Landes zu bringen. Insbesondere muß man auch bedenken, daß die Untersuchungs-Kommission in hohem Grade auf die Mittheilungen freiwillig sich meldender Personen aus dem Publikum angewiesen ist, denn unter denjenigen, welche bei den einzelnen Geschäften, die zur Sprache kommen, betheiligt sind, besteht selbstverständlich, wenn auch nicht eine Vereinigung, so doch ein durch Interesse herbeigeführtes Einverständniß darüber, daß sie nicht zu viel zur Aufklärung beitragen. Umsomehr muß das Interesse des Publikums angeregt werden, meint die nationalliberale Korrespondenz, und dieses kann nicht durch Heimlichkeiten geschehen, sondern nur dadurch, daß möglichst schnell mitgetheilt wird, was bei den einzelnen Sachen herausgekommen ist, damit das Publikum wisse, welche Ergebnisse erzielt worden sind, oder ob durch systematische Verheimlichung etwa gewisse Ergebnisse vereitelt werden sollen und wo es demnach mit seinem Wissen ergänzend eintreten kann.

Für das auf dieser Seite Folgende
übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

Ein Segen für die Menschheit.

Selbst bei schon im Fortschreiten begriffener Lungen-Tuberkulose erweisen sich die Johann Hoff'schen **Malzpräparate** theils **beschwichtigend**, theils **heilbringend.** Es ist eine durch Tausende von Aerzten beobachtete Thatsache, daß selbst solche Kranke, welche einen ausgesprochenen schwindsüchtigen Körperbau besaßen und die bereits Jahre lang an Husten und Schleimauswurf litten, die beengte Athem- oder Seitenstiche hatten und schon sehr merklich abgemagert waren, durch den sechs- bis achtwöchentlichen Genuß des Malz-Extraktes wieder vollkommen wohl wurden. Hauptsächlich ist es die rauhe Jahreszeit, die das zahlreiche Heer der an der Brust und Lunge leidenden Personen so sehr belästigt und Viele, deren Mittel es gestatten, zu einem Winteraufenthalt in wärmeren Gegenden zwingt. Wüßten alle diese Leidenden, **daß der fortgesetzte Genuß der Hoff'schen segensreichen Malzpräparate mindestens ebenso heilsam ist, als der Winteraufenthalt in einem klimatischen Kurorte des Südens,** so würden sie wahrlich diese um so billigere Gelegenheit, die ihnen noch außerdem gestattet, in der **Heimath und bei der Familie** zu bleiben, mit beiden Händen ergreifen. Zugleich hat auch der weniger Reiche und Wohlhabende hiermit einen Fingerzeig gewonnen, **wie er eine so kostspielige Reise umgehen und für seinen leidenden Körper noch dieselben, wenn nicht bessere Wirkungen erzielen kann,** was ja schon so unendlich viele Aerzte bestätigt haben.

Neuer israelit. Verein
für Krankenpflege u. Leichenbestattung.

Eine Gedenk- u. Seelenfeier
für die **hingeschiedenen Mitglieder unseres Vereins** findet am **Donnerstag, 6. März c.** (ז' אדר) **Abends 5½ Uhr im Tempel der israelit. Brüdergemeinde** statt.

Posen, den 3. März 1873.

Der Vorstand.

Weil ich hierselbst am Markte belegenes Hotel nebst Wein- und Materialgeschäft welches ich seit 15 Jahren mit gutem Erfolge betreibe, will ich wegen eines Todesfalles unter günstigen Bedingungen verkaufen.

L. Krüger
Wronke

In einer Stadt von 2000 Einwohner ist ein

neues Haus nebst Garten

unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen oder auf 12 Jahre zu verpachten.

Näheres ertheilt Herr **W. Ludecki in Klecko.**

Mit 1000 Thlr. Einlag
wird ein Compagnon gesucht, zu einem Geschäft welche 20 pCt. abwirft! Adr. posto restante N. N. 3.

In einer achtb. Israelit. Familie, finden einige Mädchen welche die hiesige Töchterschule besuchen eine gut Pension unter sehr günstigen Bedingungen.

Näheres kl. Gerberstr. 5 parter.

Circus Salamoński.

Mittwoch, 5. März 1873: **Vorletzte Vorstellungen.**

2 Vorstellungen!

Nachmittags 4½ Uhr:

Außerordentliche brillante Vorstellung
zum Besten für folgende wohlthätige Vereine:

1) Vincenz à Paula-Verein,
2) Städtische Jacobsche Waisen-Anstalt,
3) Evangel. Kl.-Kinder-Bewahr-Anstalt,
4) Kathol. Kl.-Kinder-Bewahr-Anstalt.

Abends 7½ Uhr:

Vorletzte und Extra-Vorstellung,
verbunden mit einem zweiten Präsent, bestehend in der Ponnystute Flora.

Florentiner Quartett-Verein
Jean Becker.

1. Violine: Jean Becker, 2 Violine: Enrico Masi, Viola: Luigi Chiostri, Violoncello: Friedr. Hilpert.

Zwei Concerte im Bazar-Saale:
Mittwoch, den 12. und Freitag, den 14. März,
Abends 7½ Uhr

Programme und ***Billets*** zu ***nummerirten Sitzplätzen à 1 Thlr***, ***Stehplätzen à 20 Sgr***, sind nur zu haben in der Hof-, Buch- und Musikalien-Handlung von

Ed. Bote & G. Bock

Am **22. März c.** fährt ein großer **Möbelwagen** von **Ostrowo** über **Rawicz, Glogau** nach **Berlin.** Näheres **Berlin, Köpnickerstr. 127,** bei der

Möbel-Transport-Gesellschaft.

Saamen

empfehle in **bester frischer Qualität** zu **billigsten** Preisen. Verzeichnisse — 20. Jahrgang — stehen gratis zu Diensten. Auch empfehle mich zu Anlagen von Parks und Gärten.

Saamenhandlung von

Heinrich Mayer,
Kunst- und Anlagen-Gärtner.
Posen, Friedrichsstraße 27, vis-à-vis der Provinzial-Bank.
(neu geänderte Haus-Nummer 27 — bisher 32a)

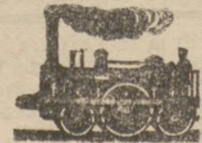
Handels-Register.

In unser Firmen-Register ist bei Nr. 470 zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen:

Die Firma **J. Caspari**, deren Niederlassungs-Ort Posen, und deren Inhaber der Kaufmann und Friseur Isidor Caspari zu Posen war, ist auf den Kaufmann **Siegbert Caspari** zu Posen zum Eigenthum übergegangen.

Posen, den 26. Februar 1873.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.



Märkisch-Posener Eisenbahn.

Zum Lokal-Tarif der diesseitigen Bahn, gültig vom 1. Januar c. ist ein 1. Nachtrag vom 20. d. Mts. herausgegeben worden, betreffend:

1) die Ergänzung des Waarenverzeichnisses durch Aufnahme der Artikel: „Scheer-, Zupf- oder Schoddy- und Mungowolle unter Schafflocken,
2) die Tarifirung des Artikels „Mehl" in Klasse C auch bei Benutzung von bedeckten Wagen,
3) die Aufhebung des Normalgewichts für den Artikel „Hering".

Exemplare des Nachtrages werden unentgeltlich zum Haupttarif von den diesseitigen Stations-Kassen abgegeben.

Guben, 28. Februar 1873.

Der Special-Direktor.

Auction.

Im Auftrage des Königl. Kreisgerichts werde ich Freitag den 7. März cr. früh von 9 Uhr ab, Wäsch, Kleidungsstück und Möbel, sowie eine Nähmaschine für Tuche und Leder, im Auctions-Local Sapieha-Platz Nr. 6, meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Grosse,
Königl. ger. Auctions-Kommissarius.

Auction.

Im Auftrage des Königl. Kreisgerichts welche ich Mittwoch, den 12. März c. und die darauf folgenden Tage früh von 9 Uhr ab, das im Wege des Concurses mit Arrest belegte Manufactur-Waaren-Lager des Kaufmanns J. Bern ein daselbst Wronkerstraße Nr. 92, aselbst meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Grosse,
Königl. ger. Auktions-Kommissarius.

Auktion.

Am Mittwoch, den 19. März d. J.,
Vormittags 9 Uhr,
und folgende Tage,

sollen die Waare-Bestände der Adolph Reich'schen Concursmasse, bestehend in

Kleiderstoffen, Kurzwaaren 2c.

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung in dem A. Reich'schen Geschäftslokal zu Samter am Markt verkauft werden.

Samter, den 26. Februar 1873.

Der Verwalter der A. Reich'schen Concurs-Masse.
Rechtsanwalt **Steuer.**

Auktion.

Mittwoch den 5. März cr. früh vom 9 Uhr ab, werde ich im Auktions-Local Sapieha-Platz Nr. 6, Mahagon und Birken-Möbel, Trumeaux u. Porzellsachen, sowie eine Parthie Damen-Mäntel meistbietend, gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Grosse,
königl. ger. Auktionskommissarius.

Die Firma **Adolf J. Schmul,** Inhaber derselben **Adolf J. Schmul** Bromberg, ist durch Königl. Regierung zu Bromberg die Genehmigung ertheilt worden in

Adolf Holz

zu verändern, welches hiermit zu öffentlicher Kenntniß bringe.

Die Röhrenfabrik
R. Bohne, Schwiebus,
empfiehlt vom Mai ab wiederum ihr Fabrikat an **Drains.**

Holz-Auktion.

Am Donnerstag, d. 13. März dss. Jahres, von früh 9 Uhr ab, sollen im Gasthause in Bythin aus dem Bythiner Forst (vie Jagen 1 am Bytoin Wilczyner Wege) nachstehende Bau-, Nutz und Brennhölzer u. zwar:

54 Stück Eichen m 3—9 Meter Länge 22—84 Centim. Durchmesser,
32 Stück Birken m. 4—7 Meter Länge 18—30 Centim. Durchmesser,
40 R.-Meter Eichen-Kloben,
70 „ „ Stubben,
13 „ Birken- „
7 „ Kiefern- „
70 „ „ Reiser,

nach dem Meistgebot unter den im Termine selbst bekannt zu machenden Bedingungen verkauft werden.

Młodasko, 28. Febr. 1873.

Die Forstverwaltung.
J. A.: ***Thomas.***

Holz-Verkauf.

Aus dem Graetzer Forst sollen **Mittwoch, d. 12. März cr.** früh 9 Uhr

1. in Eichenhorst, Bahnhof der Märkisch-Posener Eisenbahn
200 starke Eichen Nutzenden,
300 schwache „
83 stark Kiefern (Balken)- 208 Centim.
2. im Rev. Jastrzembnik nahe am Bahnhofe Eichenhorst.
300 starke Eichen Nutzenden öffentlich meistbietend verkauft werden

Lankowko b. Grätz Reg. Bez. Posen den 1. März 1873.

Die Forstverwaltung.

Holz-Verkauf.

Im Revier **Młynek, Dom. Siedlec** bei Kostrzyn, ¼ Meile von der Wreschener und Gnesener Chaussee, 1¼ Meile von der Station Pudewitz, werden vom 1. April 1873 schöne kernige und mit der Maschine geschnittene kieferne Bohlen, Bretter, Latten und Kantholz verkauft.

Zur Bequemlichkeit der Herren Käufer wird eine Holzniederlage am Bahnhof in Pudewitz errichtet.

Bestellungen werden jederzeit angenommen.

Konkiel.

In der Stadt **Graetz,** an einer sehr frequenten Straße belegen, ist ein **Gasthof,** bestehend aus einem Wohnhause von 12 Zimmern, Remise, Stallungen, Hofraum und Garten aus freier Hand **zu verkaufen.** Näheres unter der Adresse **G. H 381 Graetz.**

Geschäfts-Verkauf.

Ein concurrenzfreies Geschäft, das sich nachweislich auf ca. 40-50 Mille rentirt ist, in einer größeren Stadt in der Nähe Berlins, sofort oder später zu verkaufen. Zur Uebernahme gehören ca. 5 Mille. Franco-Offerten befördert sub G 1057 die Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse in Berlin.**

Das Gut Neuhof bei Neumark w Pr. — ¼ M. v. Chaussee — 1 M v. Thorn Inst. Eisenbahn Stat. Bischofswerder — 470 Magd. M vorzüglichen Bodens — alles excl Wiesen unter Pflug — Gebeude neu — todtes u lebendes Inventar gut u. vollständig ist zu kaufen. Näheres vom Besitzer **W. v. Chrzanowski.**

Landgüter jeder beliebigen Größe in der Provinz Posen günstig belegen, weist zum preiswerthen Ankaufe nach **Gerson Jarecki,** Magazinstr. 5 in Posen.

Ein Bulle,
holländer und oldenburger Kreuzung, 1½ Jahre alt, vorzüglich gebaut, ist preiswürdig zu verkaufen in

Louisenstein bei Borek.

Dr. Eduard Meyer,
Specialarzt für Frauenkrankheiten.
Berlin, Wilhelmstr. 91.

In **Biskupice** bei Klecko stehen 5 vierjährige Arbeitsochsen zum Verkauf.

Den Herren
Wollproducenten
und
Wollhändlern

beehren wir uns anzuzeigen, daß wir unsere

Wollwäscherei mit Dampf-Betrieb

mit dem **1. März d. J.** eröffnen werden.

Wir übernehmen von jetzt ab im **Schmutz geschorene Wollen** zur **Lohnwäsche** und demnächst auch — auf Wunsch unter **Gewährung von Vorschüssen** — den **kommissionsweisen Verkauf** der gewaschenen Wollen. Die Bedingungen hierfür sind aus unserem früheren Circulair ersichtlich, auf welches wir Bezug nehmen.

Der Aufsichtsrath besteht aus den Herren: **v. Stülpnagel** Rittergutsbesitzer zu Dachenberg, Vorsitzender, **W. Stoewahs,** Rittergutsbesitzer zu Bröllin, Stellvertreter, **v. Wedell** Ritterschaftsrath zu Malchow, **Saenger,** Königl. Amtsrath zu Schönow, **Carl Schultz** Schäferei-Direktor zu Berlin, **C. Zickermann** Rittergutspächter zu Wittstock, **W. Gysae,** Rittergutsbesitzer zu Strehlow.

Jede sonst gewünschte Auskunft wird bereitwilligst von der Direktion ertheilt.

Prenzlau, Januar 1873.

Uckermärk. Wollbank u. Wollwäscherei
zu Prenzlau.
Die Direktion.
W. Tetzlaff. Arnold Schultz.

---

33 Stück fette Ochsen,
fast durchweg junges Vieh, stehen zum Verkauf.

Dom. Szkudla,
Kr. Pleschen.



In meiner Heerde stehen **15 Stück sprungfähige Original-Holländer Vollblut-Stiere,** sowie **5 Stück der Shorthorn-Race** zum Verkauf.

von Jaraczewski
auf **Jaraczewo.**

Bei mir sind wieder wie jedes Jahr gute Schles. Zugochsen verschiedener Stärke und Preise auf Bestellungen zu haben.

W. Wuttge
Viehlieferant
zu **Herrnstadt** in Schlesien
Bahnstation **Rawitz**

Frischmelkende, hochtragende, Weichsel, Werder-niederungskühe zu haben, Aufträge nimmt entgegen und führt dieselben auf's Pünktlichste und Reellste aus **A. Lüttke** in Kossowo a. W. bei Bahnhof Terespol Westpreußen.

Bleichwaaren

für meine schlesische Rasenbleiche werden angenommen.

Posen, Markt 63.

Robert Schmidt
(vorm. **Anton Schmidt**).

Frische Kieler Sprotten und Speck-Pücklinge empfiehlt billigst Kletschoff.

Pr. Lotterie.

Zur 3. Kl. versendet Antheilloose ¼ Thlr., ⅛ 7 Thlr., $^1/_{16}$ 3½ Tlr., $^1/_{32}$ 1¾ Thlr. **H. Goldberg,** Neue Friedrichstr. 71, Berlin.

Vielleicht wendet er sein früher einmal ausgesprochenes Wort, daß man ihm das Leben etwas sauer mache, auch auf die Arbeiten der Kommission an, aber er wird doch einräumen, daß sich dieselbe im Großen und Ganzen in den Bahnen des von ihm vorgelegten Gesetzes bewegt hat. Das Resultat der Kommissionsarbeiten nun ist erst nach sehr schwierigen und langwierigen Verhandlungen zu Stande gekommen. So gut der Wille der Betheiligten war, so groß waren die Schwierigkeiten, die von Tage zu Tage wuchsen. Die ganze Vorlage ist ein Kompromiß der verschiedenen Ansichten. Wenn Sie daran festhalten, so wird es auch geboten sein, hier im Hause eine gewisse Resignation gegenüber den wesentlichen Grundlagen der Vorlage zu beobachten. Wird an denselben gerüttelt, so werden die Differenzen, die in der Kommission hervortraten, sich hier noch mehr verschärfen und zuspitzen und dadurch könnte das Zustandekommen des Gesetzes leicht gefährdet werden. (Sehr richtig!) Aus der Diskussion müssen ausscheiden alle allgemeinen Fragen, zu welchen Petitionen, Betrachtungen in der Presse u. s. w. etwa Veranlassung geben könnten, z. B. die Frage, ob die Einkommensteuer an sich eine gute sei oder ob, wenn ihre Zweckmäßigkeit anerkannt wird, die Heranziehung der verschiedenen Einnahme-Quellen nach demselben Verhältniß erfolgen soll oder nach einem verschiedenen. Eine solche Diskussion könnte zu interessanten Erörterungen führen, aber unsere Aufgabe ist eine begrenztere und einfachere; wir haben die dringende Verpflichtung, endlich einmal mit einer Steuerreform den Anfang zu machen und den Finanzminister um einige der vielen Millionen zu erleichtern, welche ihm die Staatsüberschüsse jetzt jährlich geben. Das Gesetz vom 30. Mai 1850, welches ja auch heute noch die Grundlage der direkten Besteuerung in Preußen ist, enthält wesentlich zwei noch heute giltige Grundsätze; der erste ist das Prinzip der allgemeinen Steuerpflicht, der zweite, daß die Personalsteuer in Preußen von dem Zensiten nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit zu erheben ist. In Betreff des letzeren Punktes konnte man bei dem damaligen noch unentwickelten öffentlichen und sozialen Leben nur große Klassenunterschiede aufstellen. Die Angehörigen zu diesem oder jenem Stande war der Maßstab für die Leistungsfähigkeit des Individuums, und so theilte man die Zensiten ein nach dem Arbeiter-, dem niederen und mittleren Bauern- und Bürgerstande nach dem höheren Bürgerstande und dem Herrenstande. Schon damals stieß in den Städten wegen der größeren Beweglichkeit der Bevölkerung und der leichteren Verwischung der Klassenunterschiede die Ausführung der Steuer auf große Schwierigkeiten und man nahm damals die Mahl- und Schlachtsteuer als Aequivalent. Die Modifikationen des Gesetzes von 1851 waren unwesentlich, die alten Bestimmungen sind im Wesentlichen geblieben. Dies ist jetzt nicht mehr möglich, denn in der großen wirthschaftlichen Bewegung der letzten Jahrzehnte bieten die Klassenunterschiede keinen richtigen Maßstab. Die Praxis half sich allmälig und korrigirte das Gesetz, indem sie bis in die untersten Stufen hinein einen anderen Maßstab annahm. Nach den Mittheilungen des Finanzministers war für sämmtl. Bezirksregierungen ein Einkommen von 200—250 Thlr. Maßstab für die Einschätzung in die zweite Hauptklasse. In mehreren Theilen des Landes ist man noch weiter gegangen und auch den Zensiten der ersten Hauptklasse eine Einkommenskala zu Grunde gelegt, doch mußte wegen der hinderlichen Gesetzesbestimmungen die Anwendung dieses Prinzips unvollkommen bleiben. Der Lohnarbeiter, Geselle oder Gehilfe konnte nur zur ersten Hauptklasse eingeschätzt werden, auch wenn sein Einkommen 3—700 Thlr. betrug; der Grundbesitzer und Gewerbetreibende, der sich nur von Ackerbau und Gewerbebetrieb nährt, mußte in die zweite Hauptklasse eingeschätzt werden, auch wenn er an Leistungsfähigkeit hinter den erstgenannten Kategorien der Gesellen, Gehilfen und Lohnarbeiter zurückstand; ebenso mußte der kleine Staats- und Gemeindebeamte in die zweite Hauptklasse eingeschätzt werden, auch wenn er weniger leistungsfähig war, als der Arbeiter. So zahlen z. B. Beamte bei der Post, der Steuer, den Eisenbahnen mit Einkommen von 250 Thlr. jährlich, 5 Thlr., während der neben ihm wohnende Schlossergeselle von 240 Thlrn. nur 1 Thlr. bezahlt; Bergwerksarbeiter mit 600 Thlr. Einkommen zahlen höchstens 3 Thlr., während der Grundbesitzer und Gewerbetreibende, der verschuldet und wenig leistungsfähig ist, jährlich 4 Thlr. an Klassensteuer bezahlt. Das sind schwere Uebelstände, mit denen eine gerechte und gleichmäßige Veranlagung der Steuerpflichtigen nicht zu erreichen ist, und die sich noch vermehrten, je ertragfähiger die Arbeit in Industrie und Gewerbe wurde. Daher begrüßt die Kommission es mit Freude, daß der Herr Finanzminister in dem dem Hause vorlegten Entwurf mit dem Klassensystem des Gesetzes von 1820 resp. 1851 gebrochen und an Stelle der Klassenmerkmale einen zeitgemäßeren Maßstab der Leistungsfähigkeit gesetzt hat. Was bisher im Wege der Instruktion neben dem Gesetz von der Verwaltungsbehörde festgestellt wurde, das hat der Herr Finanzminister jetzt klar und bestimmt in das Gesetz gebracht. Die Einschätzungsgrundsätze, die bisher für die beiden Hauptklassen gegolten haben, werden nur mit dem Maßstabe, daß die Skala der Einkommen eine andere wird, als früher, auch ferner gelten. — Daran knüpft sich von selbst die Frage, wo die Grenze der Besteuerung festzusetzen sei, wenn man das Einkommenprinzip zur Grundlage macht. Die Regierung hat bisher vorgeschlagen, diese Grenze bei einem Einkommen von 140 Thlr. festzusetzen, die Kommission hat nach langen Verhandlungen diesen Satz akzeptirt und legt auf die Beibehaltung desselben entschiedenes Gewicht. Jede Veränderung desselben würde in der Kommission, wie hier auf lebhaften Widerstand stoßen. Die Kommission hat an dem im Steuergesetz von 1820 proklamirten Grundsatz der allgemeinen Steuerpflicht festgehalten, so daß jeder, der die Wohlthaten der Staatsinstitutionen genießt und fähig ist, einen Beitrag dafür zu zahlen, auch verpflichtet ist, diesen Beitrag direkt an die Staatskasse zu leisten; sie hat daran festgehalten, daß, je mehr unser öffentliches Leben sich entwickelt, um so mehr auch der Gedanke ins Bewußtsein der Massen dringen wird, und daß es unsere Aufgabe sei, dazu beizutragen, daß dieser direkte Betrag an die Staatskasse ein nothwendiger im Haushalte der Einzelnen ist, gerade so wie jede andere nothwendige Ausgabe. Nun kann allerdings das Prinzip der Steuerpflicht nicht bis zu seinen äußersten Konsequenzen verfolgt werden; über denen, die von öffentlichen Kosten, von Armenunterstützung leben, existirt noch eine Schicht, die so wenig erwerbs- und leistungsfähig ist, daß man sie schon aus praktischen Gründen nicht zu den Lasten des Staates heranziehen darf; sie hat ja auch das größte Kontingent geliefert zu der großen Zahl der Exekutionen, welche der Finanz-Minister in seiner Denkschrift mitgetheilt hat. Einzelne Mitglieder in der Kommission waren allerdings der Ansicht, daß der Satz von 140 Thlr. etwas hoch gegriffen sei und auch solche umfasse, die wohl im Stande seien, eine direkte Steuer zu entrichten; die Kommission hat aber doch nach längeren Verhandlungen an dem Satz der Regierung festgehalten. Nachdem diese Grenze feststand, handelte es sich darum, die Einkommenskala selbst festzusetzen. Auch diese ist erst nach langen Verhandlungen zu Stande gekommen und es hat sich dabei herausgestellt, daß im Wesentlichen an den beiden untersten Stufen festgehalten werden muß. Verschiedene Kommissionsmitglieder erklärten im Einverständniß mit einem großen Theil der Mitglieder des Hauses, daß die Festsetzung der Skala in dieser Weise für sie die conditio sine qua non der Annahme des Gesetzes sei. Die Regierungs-Vorlage hat zu enge Spatien gelassen bei den untersten Stufen für die Einschätzung. Wie korrekt man auch die Anwendung des Einkommensprinzips für die Klassensteuer halten mag, es ist doch soviel zweifellos, daß die Einschätzung namentlich derjenigen Zensiten, deren Einkommen in einem Theil aus Naturalien besteht, die in Geld umgerechnet werden müssen, ebenso in den Skalen 140—175, wie 175—200 sehr großen und meines Erachtens unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen würde. Es steht ferner fest, daß bei einem so engen Spatium auch eine Ausgleichung der verschiedenen Preis- und Lebensverhältnisse in den verschiedenen Theilen des Landes unmöglich ist. Beide Bedenken können nur dadurch erledigt werden, daß die untersten Stufen mit möglichst weiten Zwischenräumen festsetzt. Eine Veränderung der von der Kommission vorgeschlagenen untersten Stufen würde gleichbedeutend sein mit dem Scheitern der ganzen Reform. Das Amendement, welches Hr. v. Kameke vorschlägt, ist bereits in der Kommission nach drei- oder viermaliger Abstimmung ausdrücklich abgelehnt. Es ist die Stufe mit drei Thalern angeführt, daß die Bevölkerung an diesen Satz bereits gewöhnt wäre; es ist ferner angeführt, daß der Sprung von 2 auf 4 Thlr. ein sehr großer wäre. Nun, das erste kann kein entscheidendes Moment sein und was das zweite betrifft, so ist 4 gegen 2 nicht mehr als das Doppelte, wie 2 gegen 1 und dabei fällt doch entschieden ins Gewicht, daß bei der Kommissionsskala im Vergleich mit der jetzigen eine Ermäßigung von mehreren Thalern für die Zensiten herauskommt. Ueber die übrigen Stufen unserer Skala will ich mich nicht weiter auslassen. Bei diesen Verhandlungen nun trat das Verhältniß ein, daß die Skala der Regierung der Kommission deshalb nicht annehmbar erschien, weil damit nothwendig eine Erhöhung der Steuer für die Zensiten herauskommen würde, während umgekehrt die Regierung die Skala der Kommission perhorreszirte, weil die Regierung einen viel zu großen Ausfall befürchtete. Eine Einigung über die Skala war unmöglich, wenn man nicht den hier von selbst gebotenen und von selbst sich ergebenden Ausweg ergriff, nämlich den Steuer-Erlaß selbst zu fixiren im Gesetz und die jährlich zu erhebende Quote de Steuer in einer bestimmten Zahl festzusetzen. Es waren lediglich finanzielle, sachliche Erwägungen, welche die Kommission zu diesem Vorschlag bewogen. Der Finanzminister hat in sehr dankenswerther Weise diese Erwägungen anerkannt! er hat anerkannt, daß es richtig sei, wenn die Kommission Bedenken trage, ein Gesetz zu genehmigen, das nach ihrer Meinung eine Erhöhung der Steuer herbeiführen würde, zu welcher im Augenblick nicht der leiseste Anlaß vorliege. Ich will alle die Vortheile übergehen, die sich aus der Fixirung der jährlichen Steuersumme auch sonst noch ergeben und nur einen Punkt hervorheben. So wohlthuend es für den Finanzminister sein mag, wenn die Staatseinnahmen in jedem Jahre sich vermehren und wenn er von Jahr zu Jahr mit einem größeren Ueberschuß vor das Land treten kann, so groß erscheint mir auch die Gefahr eines immer wachsenden Ueberschusses. Bei der gegenwärtigen Lage muß es dem Finanzminister von Werth sein, daß er von dem reichlichen Ueberschuß für die Dauer zu Gunsten der Steuerzahler los wird und daß die überschießenden Summen vielmehr verbleiben in dem großen Reservoir, aus welchem die wirthschaftlichen Kräfte des Landes sich speisen, auf die der Staat in Fällen der Noth angewiesen ist. Jede Million Ueberschuß im Staatshaushalt ruft mindestens für das Doppelte Wünsche, Hoffnungen und Projekte im Lande hervor; der reiche Staat, der nicht weiß, wohin er mit seinen Ueberschüssen soll, soll Alles können und machen; man verlangt jetzt sogar von ihm, sich in den Besitz sämmtlicher in seinem Gebiet befindlichen Eisenbahnen zu setzen. Gehen wir ab von diesem gefährlichen Wege, lassen wir die nicht absolut nothwendigen Steuern in den Händen der Steuerzahler; sie werden dort die beste und nachhaltigste Verwendung finden. Man hat nun von einer Seite gegen die Kontingentirung geltend gemacht, daß sie eine politische Maßregel sei und insofern Bedenken habe, als sich die Kontingentirung der Einkommensteuer und die Quotisirung der Einkommen- und Klassensteuer daran knüpfen werde. Aber wer vorurtheilsfrei die Verhandlungen in der Kommission verfolgt hat, wird nicht begreifen, wie man aus einer so einfachen und naturgemäßen Maßregel ein Schreckbild machen kann. Ich erinnere nur die Herren der Rechten daran, daß bis 1851 die Klassensteuer in den Rheinlanden kontingentirt war, allerdings in einer sehr wenig akzeptablen Form und daß Niemand darin eine Maßregel von politischer Tragweite gesehen hat. Ich füge nur hinzu, daß, während Sie an der Kontingentirung der Klassensteuer rütteln wollen, Sie das ganze Gesetz gefährden. Für den überwiegenden Theil dieses Hauses ist die Kontingentirung Bedingung für die Annahme des Gesetzes. (Oho! rechts.) Die Einigung auf diesem sachlichen Boden ist um so nöthiger, als sich die Wirkungen des Gesetzes nicht übersehen lassen. Der einzige vielleicht begründete Einwand wäre, daß bei einem großen Ausfall die mittleren und höheren Stufen der Klassensteuer mehr zahlen müßten als jetzt. Wir bestreiten aber diese Möglichkeit auf Grund der Einschätzungen, welche der Herr Finanzminister in den verschiedensten Kreisen hat machen lassen. Ich bin über die Verschiedenartigkeit, mit der Schätzungen vorgenommen worden sind, erstaunt gewesen. So wird in einem Kreise einer westlichen Provinz ein Ausfall von 50 Proz. und in einem anderen Kreise einer westlichen Provinz ein Plus von 47 Prozent gerechnet, wenn man die Skala der Regierung zu Grunde legt. Die erstere Einschätzung veranlagte nicht nach dem wirklichen Einkommen, sie war nur ganz ungefähr und oberflächlich. Ueberall, wo die Mitglieder der Einschätzungs-Kommission zugezogen waren, ergiebt sich das überraschende Resultat, daß nach der Regierungs-Vorlage ein Plus zu erwarten gewesen wäre. Die Ausgleichung wird auf dem Boden der Kommissions-Vorlage sehr bald eintreten. — Aber selbst wenn ein großer Ausfall kommen sollte, was wird die Folge sein? Der Herr Minister wird die Einschätzung nach dem neuen Gesetz thunlichst beschleunigen, im Juli wird das Resultat derselben da sein, und im Herbst tritt der Landtag zusammen. Läge nun die Gefahr einer Ueberbürdung der mittleren und oberen Klassen vor, so hätte die Gesetzgebung die Pflicht, eine Abänderung zu schaffen. Der Herr Finanzminister hat daher in der Kommission sich dafür erklärt, diese Skala nur als vorläufige anzusehen. — Ich bitte Sie dringend, die Kommissions-Vorlage anzunehmen und damit den Anfang einer Steuer-Reform zu beschließen, die hoffentlich bald für das Land segensreich wirken wird. (Beifall.)

Abg. v. **Liebermann**: Meine Partei begrüßt den Gesetzentwurf, welcher eine gleichmäßigere Besteuerung herbeiführen und die niederen Klassen entlasten will, mit Freuden als das Resultat einer weisen Finanzverwaltung; wir wünschen von Herzen das Zustandekommen des Gesetzes. Aber der § 6 der Kommissionsvorlage ist für uns eine Klippe, welche wir nicht umschiffen können. Die Kontingentirung der Klassensteuer ist trotz der Ausführungen des Referenten in erster Reihe eine politische Maßregel; sie ist der erste Schritt zur Erschütterung des verfassungsmäßigen Prinzips, daß die Regierung ohne Rücksicht auf den Staatshaushaltsetat die Steuern einziehen darf. Ist erst *ein* Schritt geschehen, so folgen mit Nothwendigkeit die anderen; wir fürchten es und die Herren der Linken werden nicht leugnen, daß Sie darauf hoffen, indem Sie § 6 befürworten. In der Kommission zweifelte Niemand daran, daß die von derselben akzeptirte Steuerskala auf lange Jahre hinaus einen großen Ausfall verursachen und wenn die Kontingentirung alsdann angenommen ist, Zuschläge nöthig machen würden, die in der Hauptsache auf die Klassensteuerpflichtigen der oberen und unteren Stufen zurückfielen. Nach ziemlich sicherer Berechnung würde der Ausfall rund 5 Millionen betragen und der nothwendige Zuschlag 2,600,000 Thlr. Uns gefällt also auch die Kontingenrung nicht einmal vom finanziellen Standpunkt; es hat bisher doch wahrscheinlich nicht an Gelegenheit gefehlt, die Ueberschüsse des Staatshaushalts zu Gunsten der Steuerzahler zu verwenden. Auch steht die Kontingentirung der Klassensteuer im Widerspruch mit dem Hauptgrundsatz des Gesetzes, welches eine gleichmäßige Grundlage für die Einkommen- und Klassensteuer schaffen will. Deshalb sind wir gegen die Kontingentirung. Was die Steuerskala anbetrifft, so ist es unzweifelhaft, daß sie in der Form der Kommission einen viel größeren Ausfall in den Staatseinnahmen machen wird, als der Steuererlaß von $2\frac{1}{2}$ Millionen Thaler beträgt, welchen der Finanzminister beabsichtigt und daß sie die oberen Stufen sehr belasten würde zu Gunsten der unteren. Wir haben deshalb in unserem Amendement die Spatien der unteren Stufen verengert, auf die Gefahr hin, daß in einzelnen Theilen der östlichen Provinzen die niedersten Klassen etwas höher dadurch besteuert werden, als bisher; es würde das nur eine Ausgleichung sein, denn bisher haben sie viel zu wenig gesteuert.

Abg. v. **Benda**: Was die Kontingentirung betrifft, so erblicke ich in dem Vorschlage der Kommission keine Lösung der schwierigen Frage. Ich halte es auf die Dauer für unmöglich, die Gesellschaft in zwei Hälften zu theilen, wo in der einen Hälfte mit zunehmendem Wohlstande und zunehmender Dichtigkeit der Bevölkerung hinabgeht, während sie auf der anderen Seite des Berges entgegengesetzt steigt. Ein solches System bricht auf die Dauer zusammen und ich betrachte die Kontingentirung deshalb nur als ein Provisorium, das aber auf eine Reihe von Jahren gut zu ertragen ist. Ich stimme pure für die Kommissionsvorlage, weil jedes Amendement den so schwer zu Stande gekommenen Kompromiß gefährden würde. Nun noch eine Schlußbemerkung zu dem Hauptargument des Vorredners. Er und seine Freunde fürchten, daß es auf der Brücke dieses Gesetzes über kurz und lang, vielleicht recht bald, zur Quotifirung der Steuern, zur Durchführung einer korrekten Einkommensteuer kommen werde. Gerade dies *könnte* für mich das Motiv sein, für die Vorlage zu stimmen, aber die Sache liegt doch so, daß nach der Erklärung des Finanzministers und dem ausdrücklichen Inhalt des Gesetzes diese Frage weder pro noch contra präjudizirt ist. Ich bitte Sie, halten Sie keine langen Reden mehr, ziehen Sie Ihre Amendements zurück und nehmen Sie die Vorlage an. (Lebhafte Zustimmung).

Finanzminister **Camphausen**. Zunächst muß ich der Kommission und insbesondere dem Berichterstatter meinen Dank aussprechen für die eingehende Berathung und die sorgfältige Prüfung der Wirkung dieses Gesetzes auf das praktische Leben. Ich erkenne einen Vorzug des parlamentarischen Lebens darin, daß Männer des praktischen Lebens aus der Mitte der Nation die Regierung auf Manches aufmerksam machen können, was auch beim besten Willen ihrem Auge entgangen ist. Ich beklage mich in keiner Hinsicht über die lange Dauer der Berathung in der Kommission; ich glaube, daß sie sich für das Gesetz förderlich erweisen wird. Nun konzentriren sich die Fragen auf sehr wenige Punkte. Die Regierung wurde von dem Wunsche geleitet, die Grenze für Heranziehung des steuerpflichtigen Einkommens nicht zu niedrig zu greifen. Wenn wir die Ueberzeugung gewinnen könnten, die Grenzlinie ließe sich höher ziehen, so würde damit ein lebhafter Wunsch der Regierung in Erfüllung gehen. In der Kommission wurde eigentlich von allen Seiten der entschiedenste Werth darauf gelegt, über die einmal vorgeschlagene Grenze nicht hinauszugehen, und die weiter gehende Erleichterung sollte hauptsächlich darin gefunden werden, daß die Stufen für die Einziehung namentlich in den untersten Stufen erweitert werden. Das liegt auf der Hand und ist von mir ausdrücklich anerkannt worden, daß in der That die Einschätzung in den untern Stufen wesentlich erleichtert wird, wenn das Spatium des steuerpflichtigen Einkommens einen größern Umfang erreicht. Nach den Wahnehmungen, die ich in der Kommission gemacht, nach den Versicherungen, die mir gegeben wurden, daß die Kommissionsmitgleder sich gleichsam als die Mandatare größerer Vereinigungen betrachten, habe ich annehmen müssen, daß die Skala namentlich für die beiden untern Stufen auf einem Kompromiß der entgegenstehenden Meinungen beruhe. Darum habe ich geglaubt, diese Vorschläge nicht bekämpfen zu sollen, namentlich von dem Augenblicke an, wo die Frage der Kontingentirung damit in Zusammenhang trat. Ich muß dem Berichterstatter vollständig darin zustimmen, daß es die natürlichen Schwierigkeiten bei der Lösung der Frage wegen der Skala gewesen sind, die mit einer fast zwingenden Nothwendigkeit zu diesem Prinzipe geführt haben. Ein politisches Bedenken in Bezug auf die Kontingentirung der Steuer hat die Staatsregierung nicht anzuerkennen vermocht. Sie wissen, welche Stellung wir zu der Frage der Quotisirung der Steuern einnehmen. Ich habe mich wiederholt darüber ausgesprochen, daß ich mich auf den Standpunkt der Verfassung stelle und mich nicht für ermächtigt halte den Rechten der Krone in irgend einer Beziehung etwas zu vergeben. Darum habe ich festgehalten und werde ich festhalten. Der Meinung, daß durch die Annahme des vorliegenden Gesetzes die Rechte der Krone beeinträchtigt würden, konnte ich mich nicht anschließen. Der letzte Redner hat schon angedeutet, daß es nicht an Bestrebungen fehlen werde, das Steuerbewilligungsrecht der Landesvertretung zu erweitern. Wir werden für die Zukunft darauf gefaßt sein müssen, aber daß diesen Bestrebungen ein besonderer Vorschub geleistet wird, kann ich nicht anerkennen; daß gegenwärtig gleichsam der erste Schritt gethan würde, muß ich entschieden bestreiten. Die Frage der Kontingentirung gewisser Steuern ist dem Steuer-Systeme durchaus nicht fremd. Vorhin hat ein Redner auf die Kontingentirung der Klassensteuer in der Rheinprovinz verwiesen; er hätte gar nicht so weit zu gehen brauchen. Ist denn nicht die Grundsteuer kontingentirt? Ist nicht die Gebäudesteuer eine kontingentirte Steuer mit der Ausnahme, daß von Zeit zu Zeit eine Revision angeordnet werden muß? Und steht es nun irgendwie im Widerspruch damit, wenn wir aussprechen: wir wollen in Zukunft die Klassensteuer kontingentiren und davon ausgehen, daß der ständige Betrag der Steuer benutzt wird, um eine Ermäßigung eintreten zu lassen. Ich vermag nicht anzuerkennen, daß der Gesetzesvorschlag uns in eine andere Bahn treiben wird. So lange der eine Theil sagt, die Schätzung ist zu hoch, der andere, sie ist zu niedrig und beide übereinstimmend einen Steuererlaß wollen, dann kommt man auf die natürlichste Weise zum Schlusse: nun gut wir wollen die Erfahrung entscheiden lassen, wie sich der Steuerertrag auf Grundlage dieser oder jener Skala stellen wird; aber Eins wollen wir feststellen: der Staat bekommt so viel, dem Lande soll so viel erlassen werden. Damit ist das ganze System für die Kontingentirung festgestellt, und ich glaube, die Herren können völlig unbedenklich der Maßregel zustimmen. Ich hoffe auf allen Seiten den guten Willen zu finden, und er hat sich in der Kommission bethätigt, daß endlich dem Lande die in Aussicht gestellte Steuerreform zu Theil werden könne. Daß sich die Ueberschüsse in der Staatskasse allzu sehr häufen und sich in Zukunft noch mehr häufen werden, — so sanguinisch sind meine Erwartungen nicht. Wir dürften bei den Ueberschüssen des letzten Jahres nicht vergessen, daß wir den Staatshaushalt für dieses Jahr mit 12 Millionen mehr belastet haben. Zu erwarten, daß es mit den Ueberschüssen crescendo weiter gehen werde, ist etwas zu sanguinisch. Denn die Regierung erkennt die Verpflichtung an, nicht blos für die Befriedigung vieler Bedürfnisse zu sorgen, die früher nur in kärglicher Weise bedacht werden konnten, sondern auch dem Lande eine Steuererleichterung zu schaffen. Sie hat Ihnen im vorigen Jahre den Beweis geliefert, daß es nicht an der Regierung gelegen hat, wenn die Ueberschüsse des vorigen Jahres sich nicht um die Summe des Steuererlasses verringert haben, und es wird auch heute nicht an der Regierung liegen. Die Regierung nimmt die Stellung ein, daß für sie die Annahme dieser wichtigen Reform den Ausgangspunkt für ihre weite Entschließung bildet. Ich kann Sie deshalb nur dringend bitten, ohne Zögern und möglichst einstimmig den vorliegenden Gesetzentwurf anzunehmen. Auf Detailfragen will ich später noch zurückkommen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. **Dalwigk** spricht gegen die Kontingentirung und wird gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. **Richter** (Hagen): Ich bin der Ansicht, daß die Politik der verständigen Leute gebietet, für das Gesetz zu stimmen und muß mich dagegen verwahren, daß die Kontingentirung eine Forderung unseres politischen Parteiprogramms ist. Die Regierung bietet uns einen Steuerlrlaß an. Eine solche Situation ist keineswegs geeignet, eine politische Parteiforderung durchzusetzen. Der Finanzminister ist in diesem Gesetz und in seiner heutigen Erklärung nicht weiter gegangen, als bis zu den Forderungen, die er bereits im Jahre 1851 an die damalige Staatsregierung stellte. Er ist damals nicht durchgedrungen, ist also als Minister nur dem Standpunkte treu geblieben, den er vor 20 Jahren als Abgeordneter vertreten hat. Die Unvollständigkeit der Kontingentirung liegt nicht an uns, wir hätten sehr gern noch die Einkommensteuer mit kontingentirt. Die Kontingentirung muß allerdings noch weiter geführt werden, die Ueberzeugung habe ich nicht aus politischen, sondern aus rein sachlichen Gründen. Es ist aus rein finanziellen Gründen, aus Gründen der finanziellen Ordnung gar nicht anders möglich, als die Steuern mehr und mehr zu fixiren und zu kontingentiren. Ich habe mich sehr gewundert, daß die Herren von der Rechten so verdrießlich darüber sind, daß in der unteren Skala die Sätze so niedrig genommen sind. Gerade diese Sätze werden den kleinen Grundbesitzern in den östlichen Provinzen ganz vorzugsweise zu Gute kommen. Allerdings aber legen wir auch Nachdruck auf die unveränderte Annahme dieser Sätze mit Rücksicht auf die westlichen Provinzen und die industriellen Bezirke, und für mich würde die Annahme der von rechts vorgeschlagenen Skala das ganze Gesetz unannehmbar machen. Freilich verhehlen wir uns nicht, daß für die westlichen Provinzen auch diese unsere Skala in manchen Beziehungen eine Steuererhöhung mit sich bringt. Mancher Knecht wird vielleicht von $\frac{1}{2}$ auf 1 Thlr., mancher Tagelöhner von 1 Thlr. auf 2 Thlr. Steuer erhöht werden; auf der andern Seite werden auch wieder Ermäßigungen eintreten. Wenn aber die Anträge der Rechten durchgehen sollten, so würde durchweg eine erhebliche Mehrbelastung der Steuerzahler in den westlichen Provinzen eintreten. Und das können wir doch vor unsern Wählern nicht verantworten, daß wir bei der jetzigen Finanzlage mit einem Gesetz nach Hause kommen, das für einen großen Theil des Landes Steuererhöhung mit sich bringt. Ich lege gro-

ßen Werth darauf, daß die Regierung im Herrenhause mit großem Nachdruck für die unveränderte Annahme des Gesetzes eintritt, und will daher keine Aenderung einbringen, die diesen ihren Nachdruck verringert. Der Entwurf gefällt mir auch nicht in allen Punkten; aber schließlich muß ich sagen, er hat mehr Vortheile wie Nachtheile, und unter solchen Umständen würde ich es nicht über mich gewinnen können, dem Lande den Steuererlaß von 3 Millionen Thaler vorzuenthalten.

Abg. v. Donat spricht gegen die Kontingentirung. Der Vorredner hat es geradezu ausgesprochen, daß die Kontingentirung der Steuern noch weiter ausgedehnt werden müsse. Wir können ihm auf diesem Wege nicht folgen, weil wir ein solches Prinzip für falsch und ungerecht halten. Es führt nothwendig den Zustand herbei, daß vielfach der minder Steuerfähige höhere Steuern zahlt als der mehr Steuerfähige. Wir haben aus diesem Grunde das Amendement Liebermann vorgebracht und werden dafür stimmen.

Finanzminister Camphausen: Von dieser Seite des Hauses (rechts) und von allen Rednern, die gesprochen haben, wird versichert, daß sie sehr gern dem Steuererlaß zustimmen wollen. Sie tragen nur Bedenken, die Kontingentirung anzunehmen; nun, stellt man sich auf den Standpunkt, die Staatsgewalt zu kräftigen, und ich stehe auf demselben, würde man da nicht an sich dazu kommen, eigentlich nie auf eine Steuer zu verzichten, die man erheben darf? Würde man da nicht zu dem Resultat gelangen müssen, auch wenn die Regierung einen Steuererlaß anbietet, auch wenn sie erklärt, die Verhältnisse haben uns in die Lage gebracht, daß wir mit einer geringeren Steuererhebung auskommen, so würde doch zu sagen sein: Nein, aus Prinzip müssen wir diese Steuer fortbestehen lassen? Ich meine, so weit wird denn doch Niemand gehen wollen, wenigstens dann nicht, wenn er bald seinen Wählern gegenübertritt. Wie ist dann die Stellung der Regierung bei der Kontingentirung? Wir haben zwei Steuern, die Klassensteuer und die klassifizirte Einkommensteuer. Bei der letzteren haben wir seit Jahren die Erfahrung gemacht, daß sie in bedeutendem Umfange zunimmt, daß sie um mehr als 5 Prozent durchschnittlich zugenommen hat. Die Zunahme im Jahre 1871 hat sich sogar auf 8⁴/₁₀ Prozent belaufen; die Zunahme für die Veranlagung vom Jahre 1873 ist noch eine viel größere gewesen; sie beläuft sich auf mehr als 15 Prozent. Als wir diesen Steuern gegenüberstanden, und die Frage entstand, wollen wir die Steuern kontingentiren lassen, da hat der Finanzminister sehr hartnäckig gesagt, nein, das wollen wir nicht thun. Er hat sehr hartnäckig im Interesse der Staatsgewalt darauf bestanden, daß diese Steuer in dem Verhältnisse stehen bleibt indem sie gestanden hat und zwar wesentlich aus dem Grunde; Wir gehen in unserem Lande einer bedeutenden Entwickelung entgegen. Wir können für die ganze Welt nicht übersehen, wie sich das Geld im Verhältniß zu den Waaren in seinem Werthe gestalten wird und es wäre eine bedenkliche Prozedur, in dieser Beziehung auf eine Fixirung einzugehen. Nun haben wir daneben eine andere Steuer gehabt, die Klassensteuer, die im Ganzen um 1 Prozent pro anno zugenommen hat, wenn wir auf das letzte Dezennium zurückgehen, die bei der Veranlagung von 1873, trotzdem 1872 ungewöhnlich günstige Verhältnisse stattfanden, da namentlich die Erhöhung der Beamtengehälter eintrat und auch bei andern Schichten der Bevölkerung das Einkommen stieg, doch nur um einen mäßigen Betrag zugenommen hat. Dieser Klassensteuer gegenüber trat die Regierung mit einem Reformvorschlage auf, und es sind auch von den Herren der rechten Seite solche Skalen vorgeschlagen worden, daß wir fürchten, statt der zu erlassenden 2½–3 Millionen werde es sich um 4–5 Millionen handeln. Würden wir darauf eingehen, so würde die Staatsverwaltung nach dieser Richtung dauernd mehr beschwert, als durch den Vorschlag der Regierung. Die Einwendungen gegen den Steuervorschlag sind nicht stichhaltig. Hätte die Regierung sagen können, wir haben ein zuverlässiges Material, wir können mit Bestimmtheit dafür einstehen, daß, wenn die Skala so und so gegriffen wird, dann wird die Aenderung einen so und so hohen Ausfall an Steuern herbeiführen; wenn wir eine solche Position gehabt hätten oder hätten schaffen können, dann würden wir wahrscheinlich dabei beharrt sein, daß wir lieber die Kontingentirung vermieden. Eine solche Position hatten wir nicht und haben wir nicht; alle Berechnungen können nicht zutreffend sein. Die große Frage wird zu lösen sein, in welcher Weise die Einschätzungskommissionen zu Werke gehen werden. Wenn ich Ihnen meine persönliche Ueberzeugung darlegen soll, so kann ich nur aussprechen, daß, sofern die Kommissionen vielleicht richtig und korrekt dasjenige, was im Sinne des Gesetzes als Einkommen zu behandeln ist, auch wirklich zur Steuer veranlagen, dann ein Ausfall gegen die arbitrirte Summe nicht entstehen wird, denn das Einkommen in diesen Schichten ist sehr ansehnlich. Sollte dieses Resultat oder eine bedeutende Ermäßigung eintreten, dann würde es in Zukunft der Gesetzgebung unbenommen sein. Aenderungen zu machen. Ich mache kein Hehl daraus, daß die Regierung schon heute wünscht, sie hätte hier noch ausgedehntere Erleichterungen eintreten lassen können. Bei der Klassensteuer ist der Druck auf die untersten Schichten ein größerer gewesen, als wie bei einer veränderten günstigeren Finanzlage meiner Ansicht nach zu billigen wäre, und wenn die Zukunft zeigen sollte, daß bei einer Steuer nach dieser Skala unerwartet große Erträge eingehen, so würde ich von vornherein der Ansicht sein, daß wir daraus Anlaß nehmen, in den unteren Stufen noch höhere Erleichterungen eintreten zu lassen, als heute der Fall ist. (Beifall.) Indessen, das ist eine Sorge der Zukunft. Ich habe gegenwärtig nur noch einmal das Wort ergreifen wollen, um meine Verwunderung darüber auszudrücken, daß vom politischen Standpunkt aus die hier vorgeschlagene Kontingentirung so große Bedenken erregt hat; ich bin überzeugt, daß diese bei näherer Prüfung verschwinden müssen. (Beifall.)

Abg. Graf Wintzingerode: Es ist wiederum das Bedürfniß einer Steuerreform, speziell einer Reform der hier in Rede stehenden Steuern bestritten und im Gegensatz dazu die Reform der Grundsteuer verlangt worden. Dem gegenüber muß ich betonen, daß gerade die gegenwärtige Vorlage für den Grundbesitzer große Erleichterungen durch Aufgeben des Klassenmaßstabes enthält. (Zustimmung.) In Betreff der Kontingentirung der Steuer ist behauptet worden, sie entspräche der Natur des Gesetzes nicht und schaffe einen unnatürlichen Zustand. Ich hebe hervor, daß es sich um Kontingentirung und nicht um Quotisirung handelt, und so sehr ich mich bedenken würde, der letzteren zuzustimmen, so rückhaltlos muß ich mich für die erstere erklären, da diese Maßregel dem Bedürfniß den Steuerertrag zu vermindern durchaus entspricht. Es widerspricht meinen konstitutionellen Grundsätzen nicht, den Mehrbetrag einer Steuer und seine Verwendung zu außerordentlichen Ausgaben der Zustimmung der Volksvertretung zu unterwerfen. Ich bitte daher um unveränderte Annahme der Vorlage und um Ablehnung aller Amendements.

Abg. v. Gottberg: Wenn vom Abg. Richter Argumente wie das der Politik der verständigen Leute beigebracht werden, dann muß es schlecht mit Ihnen stehen, wenn ich aus der Anwendung solcher exorbitanten Worte schließe. Dem Herrn Finanzminister muß ich erwidern, daß die konservative Partei aus Popularitätshascherei und um wiedergewählt zu werden, niemals gegen ihre bessere Ueberzeugung stimmen wird. (Beifall rechts.) Wir machen keine politische Frage aus der Kontingentirung, halten sie aber in einem wenig bemittelten Staate, wie Preußen, der nicht immer über Milliarden zu verfügen haben wird, für verderblich und geeignet, die Regierung einst ernstlich in Verlegenheit zu setzen. Wenn hier auf die Grundsteuer hingewiesen wird, so ist doch dabei zu beachten, daß zuerst der Betrag fixirt, und dann das Grundsteuergesetz gemacht wurde, während es sich hier um eine Steuer handelt, welche bereits besteht und deren Ertrag erst nachträglich fixirt werden soll. Es wird auch der Kompromiß betont und meine Freunde aufgefordert, ihm beizutreten. Wenn eine solche Forderung von der Linken an uns gestellt wird, so heißt das nichts anderes, als daß wir nachgeben sollten (Zustimmung rechts). Es handelt sich eigentlich um einen Kompromiß zwischen der liberlalen Partei mit der Regierung oder richtiger mit dem Finanzminister, der, wie uns der Abg. Richter verrathen hat, noch auf demselben Standpunkte, wie vor 20 Jahren steht, also eigentlich noch der liberalen Partei angehört. Ich will noch bemerken, daß ich mich gefreut habe, aus dem Munde des Finanzministers die Anerkennung zu entnehmen, er habe sich hinsichtlich des Nachweises über die Schwierigkeiten der Steuererhebung in der untersten Stufe geirrt. Meine Erfahrungen berechtigen auch zu der Annahme, daß der auf 11 Milllonen fixirte Betrag sehr häufig nicht erreicht werden wird, die Zuschläge, welche dann eintreten müssen, belasten hauptsächlich den kleinen Grundbesitzer und den Beamten und deshalb bitte ich um Ablehnung der Vorlage.

Finanzminister Camphausen: Der Vorredner hat fast alle meine Aeußerungen schief aufgefaßt, ich will mit der Berichtigung das Haus nicht ermüden, und verweise auf die stenographischen Berichte. In welchem Zusammenhang steht z. B. die Aeußerung, ich hätte mich über den Nachweis der Schwierigkeiten bei der Klassensteuererhebung geirrt mit der Berechnung der zukünftig zu veranschlagenden Einnahmen aus dieser Steuer? (Zustimmung links.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen, welche sich ausschließlich auf die §§ 6 und 7 (Kontingentirung und Steuertarif), in denen die Prinzipien des Gesetzes enthalten sind, beschränkt hat.

Abg. v. Dalwigk (persönlich): Der Abg. Richter hat seinen Vortrag mit einer Aeußerung über die Politik der verständigen Leute eröffnet. Er hat damit ein Gebiet betreten .... Präsident v. Forckenbeck: Ich muß den Redner unterbrechen. Das ist keine persönliche Bemerkung. Abg. v. Dalwigk: Ich wollte nur sagen, daß ich dem Abg. Richter auf dieses Gebiet nicht folgen werde. (Große Heiterkeit. Ruf: Auf das Gebiet der verständigen Leute.)

Auf den Antrag des Abg. Richter wird über § 6 (Kontingentirte Steuereinnahme von 11 Millionen Thaler) gegen 76 Stimmen angenommen. Mit derselben Majorität wird § 7 (Klassensteuertarif) nach den Vorschlägen der Kommission genehmigt. Der v. Kameke vorgeschlagene Tarif ist zurückgezogen worden, dagegen hat v. Liebermann einen ihm ähnlichen Tarif der nur in den Stufen 5–9 abweicht (Stufe V. 350–400 Thlr.: 6 Thlr. Steuer; VI. 400–450 Thlr.: 8 Thlr.; VII. 450–500 Thlr.: 10 Thlr.; VIII. 500–600 Thlr.: 12 Thlr. IX. 600–700 Thlr.: 14 Thlr.) eingebracht, der von der konstanten Majorität des Hauses abgelehnt wird.

Genehmigt wird also nach der Kommission folgender Tarif:

Stufe	Thlr.	Steuer
Stufe I.	140–220 Thlr.:	1 Thlr.
„ II.	220–300 „	2 „
„ III.	300–350 „	4 „
„ IV.	350–400 „	5 „
„ V.	400–450 „	6 „
„ VI.	450–500 „	8 „
„ VII.	500–550 „	10 „
„ VIII.	550–600 „	12 „
„ IX.	600–700 „	14 „
„ X.	700–800 „	16 „
„ XI.	800–900 „	20 „
„ XII.	900–1000 „	24 „

Um 4½ Uhr vertagt das Haus die weitere Diskussion bis Dienstag 11 Uhr (außerdem Antrag Elsner betr. die Mahl- und Schlachtsteuer, Vorlagen betr. die Diäten der Abgeordneten desgleichen der Beamten, Interpellation Donalies u. s. w. Für die dritte Berathung des Staatshaushaltes nimmt der Präsident eventuell eine Abendsitzung für morgen in Aussicht.

Parlamentarische Nachrichten.

* Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses verhandelte am Freitag Abend von 7 bis 10¾ Uhr über die Petition der Elise Hessels wegen Verweigerung der Rechtspflege in einer gegen den früheren Polizeipräsidenten v. Wurmb erhobenen Klage wegen versuchter Nothzucht. Es wurde mit 15 gegen 7 Stimmen beschlossen, über die Petition, als nicht geeignet zur Verhandlung im Hause, zur Tagesordnung überzugehen. Die „Germania" schreibt dazu unterm 1. März: Der heute in der Stadt bekannt gewordene gestrige Beschluß der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses in Sachsen der Elise Hessels gegen den früheren Polizeipräsidenten von Berlin, jetzigen Regierungspräsidenten von Wiesbaden, v. Wurmb erregt großes Aufsehen. Man ist eben verwundert darüber, daß die Petentin, welche bisher nirgens gerichtliches Gehör, (?) hat finden können, nun auch nicht einmal vom Abgeordnetenhause gehört werden soll. Es genügen übrigens schon die Unterschriften von 15 Abgeordneten, um die Angelenheit trotz des ablehnenden Beschlusses vor das Plenum zu bringen, und hoffen wir somit, daß es noch gelingen wird, dem unterdrückten Rechte wieder aufzuhelfen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 4. März.

— Der „K. H. Z." wird aus Berlin geschrieben:

Der Oberpräsident v. Horn, welcher bekanntlich seinen gegenwärtigen Posten mit jenem in der Provinz Posen vertauschen sollte, war nicht abgeneigt, auf diesen Wechsel einzugehen. In einer Audienz beim Könige stellte er sich zur Disposition seines Monarchen, wenn er auch betonte, daß er der Provinz Preußen noch ersprießliche Dienste zu leisten hoffe; aber gleichzeitig glaubte er auch den Bedingungen Ausdruck geben zu müssen, unter welchen er seine frühere Stellung in Posen wieder einnehmen könnte. Wie die Freunde des Herrn v. Horn versichern, hat er sein politisches und Verwaltungs-Programm schriftlich niedergelegt. Ob das Gerücht von der Berufung des Seehandlungs-Präsidenten Günther zu dem posener Oberpräsidentenposten in Verbindung mit dem Programme des Herrn v. Horn steht, darüber hören wir von kompetenter Seite Zweifel äußern. Herrn v. Horn ist nämlich die Genugthuung widerfahren, daß der König über die Gründe des früheren Stellenwechsels dessen Auffassung beitrat. Bekanntlich wich damals dieser Beamte den ultramontanen Einflüssen bei Hofe, deren Organ der Erzbischof Ledochowski war. Die deutschen Abgeordneten der Provinz Posen sehen ungern, daß sich die Hoffnung auf die Rückkehr Horn's nicht verwirklicht hat.

— **Zum 60jährigen Jubiläum** des General-Feldmarschall v. Steinmetz reiste heute Mittags eine Deputation des 37. Infanterie-Regiments, dessen Chef der Jubilar ist, bestehend aus dem Oberst Herrn Gebauer, einem Major, einem Hauptmann und einem Lieutenant, von hier nach Görlitz ab.

— **Prof. Occioni** hat über die thorner Copernikusfeier in der „Opinione" einen Bericht veröffentlicht, in welchem er der deutschen Gastfreundschaft warme Anerkennung zollt. Am Schluß heißt es: So ernst und feierlich das Copernikusfest im Rathhaussaale gewesen, eben so herzlich verlief es im Speisesaale, in richtiger Bethätigung der deutschen Natur, die in wunderbarer Weise die Tiefe der Gedanken mit einem aufrichtigen, heiteren und zugleich möchte ich sagen, enthusiastischem Gemüthe verbindet.

r **Von den auswärtigen Lehrern** sind 25 Bewerbungen um hiesige Elementarlehrerstellen eingegangen, jedenfalls ein Beweis, wie im Verhältniß zu den hiesigen Lehrerbesoldungen, die gewiß doch nicht glänzend bemessen sind, die Gehälter in der Provinz niedrig sein müssen; vielleicht treibt auch manchen der Lehrer die Hoffnung nach unserer Stadt, hier eher, als in den kleineren Städten durch Privatstunden sich einen Nebenverdienst erwerben zu können.

r **Die polytechnische Gesellschaft** feiert Sonnabend, den 8. März, im großen Saale von Buckows Hotel de Rome ihr Stiftungsfest. An demselben Abende veranstaltet der allgemeine Männergesangverein im Volksgartensaale ein großes Narrenfest, welchem nur Herren beiwohnen dürfen.

r **Die Gewerbevorschule** der polytechnischen Gesellschaft wird bereits zum 15. März geschlossen werden, da der Saal (auf dem früher Zychlinski'schen Grundstücke zwischen Mühlen- und Friedrichstraße), in welchem sich dieselbe gegenwärtig befindet, anderweitig benutzt werden soll. Die Schule, welche im Anfange des Winters über 50 Schüler zählte, wird gegenwärtig nur noch von etwa 30 besucht; im Monat März, besonders in der zweiten Hälfte desselben, sobald erst die Bauthätigkeit beginnt, pflegte sich auch in früheren Jahren die Anzahl der Schüler bedeutend zu lichten.

r. **Der polnische landwirthschaftliche Zentralverein** für das Großherzogthum Posen hielt neulich seine Generalversammlung ab. Obwohl wichtige Gegenstände auf der Tagesordnung standen, unter Anderem auch die Angelegenheit der Ackerbauschule zu Zabikowo (bei Posen) und vom Zurücktreten des gesammten Vorstandes gesprochen wurde, waren doch etwa nur 70 Mitglieder anwesend. Von jüngeren Mitgliedern, welche, wie die „Gaz. Tor." sagt, mit wahrer Energie und Ausdauer und Talent in den Privatsalons und im Bazar während der Karnevalszeit thätig gewesen waren, war Niemand erschienen. Da der Vorsitzende, Herr v. Wolniewicz, erkrankt war, so verlas in dessen Auftrage Graf Bninski, welcher die Versammlung eröffnete, ein Schreiben, in welchem Jener erklärte, er werde theils aus Gesundheitsrücksichten, theils wegen Mangels an Zeit, unter keiner Bedingung einer Wiederwahl zum Vorsitzenden annehmen. In demselben Schreiben war gesagt, der Verein habe während der beiden letzten Jahre keine entsprechenden Resultate ergeben, theils weil die Filialvereine sich mehr auf ihrer eigenen Angelegenheit beschränkten, theils auch, weil während dieser Zeit manche andere Vereine und Unternehmungen, welche bedeutende materielle Hilfsmittel in Anspruch nehmen, ins Leben getreten seien: das polnische Nationaltheater, der Volksbildungsverein, die Vesta, die bäuerliche Bank, der Genossenschaftsverband 2c. Es sei daher das in der vorigen Generalvers. beschlossene Institut der landwirthschaftlichen Wanderlehrer noch nicht ins Leben getreten, weil einerseits noch keine geeignete Persönlichkeit dafür gewonnen sei, andererseits aber auch mehrere Filialvereine von der ganzen Sache Nichts wissen wollen. Auch die Ackerbauschule zu Zabikowo, von deren Schulden in Höhe von 6000 Thlr. bereits 3694 gedeckt sind, sei noch nicht in entsprechender Weise erweitert worden, da deren Organisation eine mangelhafte, die Ausgaben zu groß seien, und es der Schule auch an einem vollkommen geeigneten Direktor fehle 2c. — Zum Vorsitzenden der Generalversammlung wurde Dr. Heinrich Szuman gewählt, der später auch mit 37 von 72 Stimmen zum Vorsitzenden des Zentralvereins gewählt wurde; in den Vorstand außerdem die Herren: v. Wolniewicz mit 63, v. Bukowiecki mit 62 Stimmen, Wlad. v. Bentkowski 2c.

r **Der hiesige polnische Vorschußverein** hatte während des II. Semesters 1872 einen Umsatz von 1,684.463 Thlr.; die Anzahl der Mitglieder betrug 1037.

— **Personalveränderungen in der Armee.** Frhr. v. Loën, Gen. Lt. und Kommdr. der 21. Division, unter Versetzung zu den Offizieren von der Armee, zum Präses der General-Ordens-Kommission, v. Fabeck, Gen. Major und Kommdr. der 24. Infant. Brigade, zum Kommdr. der 21. Division, v. Schmeling, Oberst und Kommdr. des Schles. Füs. Regts. Nr. 38 unter Stellung a la suite dieses Regts., zum Kommdr. der 24. Infant. Brigade, — ernannt, Quedenfeldt, Oberst und Abtheil. Chef im Kriegsminist., unter Besetzung zu den Offizieren von der Armee mit der Uniform des Kriegsministeriums, zum stellvertret. Kommdr. der 7. Infant. Brigade, v. Eskens, Oberst und Kommdr. des Niederrhein. Füs. Regts. Nr. 39, unter Versetzung in das Kriegsminist., zum Chef der Abtheilung für die Bekleidungs- 2c. Angelegenheiten im Kriegsministerium, v. Dejanicz-Gliszczynski, Oberst und Kommdr. des Mecklenburg. Füs. Regts. Nr. 90, unter Stellung a la suite dieses Regts., zum Kommandanten von Stralsund ernannt, Mauve gen. v. Schmidt, Hauptm. vom Niederschles. Feld-Art. Regt. Nr. 5, Corps-Art., und kommandirt als Adjut. der 3. Art. Inspektion, zum überzähl. Major befördert.

r. **Der städtische Marstall**, welcher sich viele Jahre lang auf dem Hofe des Sieben-Wittwen-Stiftes (Ecke der Gr. Gerber- und Allerheiligenstraße) befand, soll zum 1. Oktober d. J. von dort verlegt werden, und zwar wird beabsichtigt auf dem Kämmereihofe hinter den neuen Brotbänken zu diesem Behufe Stallungen zu errichten. Es soll alsdann dort der Marstall, sowie die Feuerwehr, deren Errichtung in Aussicht genommen ist, untergebracht werden.

△ **Grätz**, 25. Febr. [Goldene Hochzeit. Kirchenbau. Personalien.] Heute begingen die hiesigen Bürger Thomas und Antonina geb. Karaskiewicz-Sadowski'schen Eheleute in stiller häuslicher Zurückgezogenheit ihre goldene Hochzeit. Dem Jubelpaar, welches in der hiesigen kath. Pfarrkirche der Andacht beiwohnte, ertheilte der Herr Pfarradministrator Formanowicz feierlichst den Segen. — Um den Parochianen der hies. kath. Pfarrgemeinde in Aufbringung der jährlichen Beiträge, die bis zum Jahre 1876 fortdauere, eine Erleichterung zu ermöglichen, werden für das Jahr 1873 aus den Einkünften der Pfarre, die bis jetzt unbesetzt ist und bis auf Weiteres durch den Hrn. Mensionar Formanowicz administrirt wird, 200 Thlr. als Beihilfe hergegeben werden. Hierdurch ist es thunlich gewesen, auf die Parochianen 4 Sgr Beitrag pro Thaler Steuer weniger als im Jahre 1872 zu repartiren. — Erst vor Kurzem ist der Herr Kreisrichter Bradtke an die Kreisgerichts-Deputation in Schwerin a. W. versetzt worden, jetzt wird auch der Herr Kreisrichter Baron v Bonseri an das Kreisgericht zu Wollstein versetzt. Bei den unausgesetzten Veränderungen, die in letzter Zeit hier vorgekommen, dürfte das Kollegium des hiesigen Kreisgerichts mit wenigen Ausnahmen bald nur aus neuen Mitgliedern bestehen. — Der Einwohner Gottlieb Hein aus Doktorowo wurde am 24. d. M. auf dem Wege hinter Zdroj im Graben liegend todt gefunden. Die gerichtliche Untersuchung hat stattgefunden und da Spuren äußerlicher Verletzung an der Leiche nicht vorgefunden, zu der Annahme geführt, daß Hein den Abend vorher wahrscheinlich angetrunken, sich niedergesetzt, eingeschlafen und erfroren ist.

Neustadt b. P., 25. Februar. [Holzlizitation. Sparkassenverwaltung. Diebstahl.] Zu der am 21. d. Mts. für die kgl. Oberförsterei zu Bolewice hier stattgefundenen Holzlizitation fanden sich namentlich für Bau- und Nutzhölzer viele Reflektanten hier ein, was bedeutende Preissteigerungen einzelner Sorten wiederum zur Folge hatte, während für Klafterhölzer bei mäßigem Begehr nur Normalpreise angelegt wurden. — Der Rechnungsabschluß in der hiesigen Sparkasse pro 1872 beziffert sich in der Einnahme mit 4321 Thlr. und in Ausgabe mit 4113 Thlr., während die Einlagen am Schlusse des Jahres 2455 Thlr. betragen haben — Vor einigen Tagen ist hier durch den Polizei-Exekutor ein Diebstahl an den im Magistratsbureau befindlichen Einlagegeldern verübt worden, so daß also die Polizei gleichsam von der Polizei bestohlen worden ist. Der Thäter war zwar der That geständig und händigte bis auf einige Thaler die entwendete Summe aus, entzog sich aber der Ablieferung an die zuständige Behörde durch die Flucht und soll noch nicht eingezogen worden sein.

?— **Neutomischel**, 28. Februar. [Zur Weltausstellung.] Auf der Ausstellung zu Wien wird auch das Hauptprodukt unserer Stadt und Umgegend, der Hopfen vertreten sein. Von mehreren hiesigen Produzenten und Geschäftsleuten wird die Einsendung einer Partie hiesiger Waare vorbereitet. Hoffen wir, daß unsern Produkte das auf der Weltausstellung zu Paris prämirt worden ist, auch in Wien die ihm gebührende Anerkennung zu Theil werde.

— y — **Lissa**, 28. Februar. [Unglücksfall. Feuerlösch-Bezirke. Wohlthätigkeit. Simultanschule.] Der Eisenbahnarbeiter Bartsch aus Wilke, mit dem Abräumen des Schnees von dem Bahnkörper beauftragt, ist vorgestern auf eine entsetzliche Weise verunglückt. Obwohl eine Rangirmaschine das Signal gegeben und sich in Bewegung gesetzt, ist derselbe doch noch über den Schienenstrang gegangen, wobei er von der Lokomotive erfaßt und augenblicklich todtgefahren worden ist. — Es hat im hiesigen Kreise auf Grund zweier Kreistagsbeschlüsse eine anderweitige Abgrenzung der Feuerlöschbezirke stattgefunden; es sind deren 34, und jedem sind ein Kommissarius und ein Stellvertreter beigegeben. Diese sind mit den ausgedehntesten Prärogativen bekleidet, so daß sie die Organisation in der zweckmäßigsten Weise leiten können. Es sollen die Rettungsmannschaften in Abtheilungen eingetheilt, und in besonders anzusetzenden Uebungen ausgebildet werden. Die Städter und die Bewohner der angrenzenden Löschbezirke sind zur nachbarlichen Löschhilfe bis auf 1½ Meilen Entfernung verpflichtet. Nachahmungswerth! — Dem Vereine freiwilliger Armenpflege hierselbst hat ein ungenannter Wohlthäter die Summe von 500 Thlr. geschenkt, mit der Bestimmung, daß die Zinsen jährlich an einem gewissen Tage gleichmäßig an jüdische und christliche Arme vertheilt werden sollen. — Die Agitation für die Simultanschule kommt in Fluß, die Mitglieder der jüdischen Societät haben Versammlungen auf den 2. und 3. März cr. zur Wahl der Repräsentanten Behufs Auseinandersetzung mit der Kommune angesagt. —

§ **Rawitsch**, 25. Febr. [Jubiläum. Verein.] Heute hat unsere Stadt ein seltenes Fest gefeiert. Der Hauptlehrer der Armen-

und Waisenschule und Vorsteher der königlichen Präparanden-Anstalt, Ritter des R. A.-O. IV. Klasse, Herr Friedr. Wilh. Hippauf feierte sein 50jähriges Amtsjubiläum. Zu dieser Festlichkeit hatte ein aus den drei Konfessionen gewähltes Komite aus dem Kreise der Elementarlehrer und das Kuratorium qu. Instituts amtlich eingeladen. Am Vorabende des Festtages wurde der Jubilar um 8 Uhr in seiner Amtswohnung von einer Serenade überrascht, die ihm von Seiten seiner Amtsgenossen und dem Männergesangverein veranstaltet worden war. Um 10 Uhr früh des Tages darauf erschienen der kgl. Kommissarius der Regierung, Herr Schulrath Dr. Polte, der kgl. Kreis-Landrath, die evang. Geistlichkeit, an deren Spitze der Fundator der qu. Schulanstalt Herr Superintendent Altmann, Deputationen von den Staats- und Kommunalbehörden, des Offizierkorps, der Realschule und eine bedeutende Anzahl von Fachgenossen von nah und fern in dem sinnreich ausgeschmückten Schullokale. Nach Absingung eines Chorals richtete der greise Superintendent Altmann eine Ansprache an den biederen Schulmann; demnächst ergriff der Herr Reg.-Schul-Rath das Wort und überreichte dem Jubilar den Kronen-Orden 4. Klasse. Hierauf entwarf ein ehemaliger Zögling des Jubilars, der gegenwärtige Kr.-Schul-Inspektor Herr Binkowski zu Inowraclaw ein Bild von der segensreichen Thätigkeit des Gefeierten. Alsdann trat Herr Bürgermeister Lenz auf, um mit seinem Danke im Namen der Kommunalbehörden ein Geldgeschenk zu überreichen. Sodann redete Herr Realschul-Direktor Dr. Steinbart den Nestor der Lehrer an. Ueberaus rührend war es, als eine 14jährige Schülerin unter Darbringung eines Geschenkes ihrem verdienstvollen Lehrer dankte. Den Schluß machte Hr. Hauptlehrer Kuhnert, der Namens der Kollegen dem Jubilar einen Pfandbrief als sichtbaren Beweis aufrichtiger Liebe und Werthschätzung übermittelte. Dieser dankte in tiefbewegten Worten. Gratulations-Depeschen von Kollegen, Behörden, Freunden und Bekannten gingen in Menge ein. Außer den Geldgeschenken erhielt der Jubilar unter anderen Präsenten auch eine goldene Taschenuhr und vom Kuratorium der Anstalt einen Regulator. Um 2½ Uhr versammelten sich über 100 Personen vom Zivil und Militär aus den verschiedensten Berufsverhältnissen zu einem Fest-Diner. — In der Generalversammlung, in welcher über die Thätigkeit des vaterländischen Frauenvereins Bericht erstattet werden sollte, hatten sich außer den Vorstands-Damen und dem Berichterstatter nur 3 Mitglieder eingefunden. Der Kassenbestand betrug am 1. Januar 1872 ca. 96 Thlr., die Beiträge 196 Thlr., die durch Lotterie erzielte Einnahme etwa 216 Thlr.

× **Aus dem Kreise Wongrowitz**, 28. Februar. [Ein vorchristlicher Begräbnißplatz.] Im Spätherbste des Jahres 1872 stieß der Eigenthümer Gottlieb Lüning zu Miescisko-Ulica bei Miescisko, bei Umpflügung eines bisher unbeackert gebliebenen, zwischen zwei Sümpfen am linken Ufer der Welna belegenen Hügels mit dem Pfluge auf ein von Feldsteinplatten gemauertes Gewölbe. Neugierig geworden, was derselbe wohl bergen möge, wurden sofort die energischsten Untersuchungen vorgenommen. Die in dem Gewölbe aufgefundenen sieben neben einanderstehenden, noch gänzlich unbeschädigten Urnen, welche von Knochen, menschlichen Ueberresten gefüllt waren, ergaben, daß dort ein Begräbnißplatz vorchristlicher Bewohner gewesen sei. Eine genauere Untersuchung des Terrains hat zu dem Ergebniß geführt, daß der betreffende Hügel sieben solcher Begräbnißplätze enthält; wahrscheinlich jedoch ist es, daß noch nicht alle aufgefunden sind. Beim Ausgraben des zuerst aufgefundenen Gewölbes (die andern sind noch unberührt) stieß man vielfach auf Kohlen und halbverkohlte Holzreste, welche wohl noch von dem Verbrennen der Leichen herrühren dürften.

×× **Wreschen**, 2. März. [Oels-Gnesener Eisenbahn. Verkauf. Feuer.] Gestern Nachmittag fand unter zahlreicher Betheiligung der geladenen Gäste und des Publikums der erste Spatenstich für die Oels-Gnesener Eisenbahn statt. Vom Eisenbahn-Bureau aus setzte sich der stattliche Zug unter Vorantritt einer tüchtigen posener Musik-Gesellschaft in Bewegung und marschirte nach dem bei Sokołowo gelegenen Festplatze. Die sinnige Dekoration desselben mit Fahnen und Guirlanden machte einen vortheilhaften Eindruck. Herr Baumeister Hehl bestieg zuerst die Tribüne und begrüßte die Versammlung Namens der Baugesellschaft Plessner in herzlichen Worten. Er sprach allen denen, die das Zustandekommen des Werks gefördert, Dank aus und bat, demselben ferner geneigt zu bleiben. Hr. Landrath Feige erwiderte mit dem Ausdrucke freudiger Genugthuung, daß es ihm vergönnt gewesen sei, ein für die Interessen dieses Kreises so wichtiges Unternehmen unterstützen und der Ausführung nahe bringen zu können. Er schloß seine Rede mit einem Hoch auf den Landesherrn. Darauf vollzog Herr Baumeister Hehl den ersten Spatenstich, die Gäste folgten und als die bereit gehaltenen Karren mit Erde gefüllt waren, setzte sich der Zug der Arbeiter in Bewegung und karrte sie fort. Mit Musik wurde der Heimweg angetreten. Im Paprzycki'schen Saale vereinigten sich die Festtheilnehmer zu einem gemeinsamen Mahl, das in heiterster Stimmung, von guten Reden begleitet, seinen Verlauf nahm. Eine interessante Ueberraschung bildeten die durch Herrn Hehl zur Vertheilung gebrachten Drucksachen: ein humoristisches Fest-Programm, ein Lied und eine in Form eines Eisenbahn-Fahrplanes gedruckte Speisekarte, in der die verschiedenen Gänge als Stationen behandelt waren. Die für die Feier engagirte Militär-Kapelle veranstaltete nach dem Diner noch ein besonderes Konzert, zu dem sich auch ein Flor edler Damen einfand. Man erzählt, es sei zur Verherrlichung des großen Ereignisses schließlich noch getanzt worden. Ihren Berichterstatter hatte der Spatenstich so angegriffen, daß er diesen letzten Theil des Programms nicht mehr mitmachen konnte. — Das Gut Szczodrojewo bei Pogorzelice ist kürzlich aus dem Besitze des Herrn von Gorzeński in den des Herzogs von Meiningen übergegangen, dem auch die angrenzenden Güter Czeszewo und Mikuszewo gehören. — Kaum acht Tage waren seit den letzten Bränden verflossen, als vorgestern früh gegen 5 Uhr von Neuem der Feuerruf erschallte und die Bewohner der Stadt aus ihrem Morgenschlummer aufschreckte. Das Hepner'sche Haus am Markte stand in Flammen. Man wollte wissen, daß der „Brandstifter" sich in der Nacht die Hausthür geöffnet und das Feuer unter der Treppe angelegt hätte. Im Laufe dieses Winters hat es nun elf oder zwölf Mal in Wreschen gebrannt; der „Brandstifter" bleibt eine mystische Person, trotz der großen Belohnungen die auf seinen Kopf gesetzt sind und des Eifers der Feuerwache. Die Situation wird hier vollständig unheimlich. Mit herben Urtheilen wollen wir sie nicht noch verschlimmern, einen Wunsch aber möge uns die städtische Verwaltung gestatten: den Wunsch nach einer besseren Organisation unseres Löschwesens. Die Mannschaften des freiwilligen Rettungsvereins wirken mit den städtischen Löschmannschaften zusammen; die letzteren tragen kein Abzeichen; wer der Dirigent des Ganzen ist, bleibt thatsächlich unentschieden. Nicht einmal der Platz um die Brandstätte wird für die aktiven Lösch-Mannschaften frei gehalten. Spritzenleute, rettendes Publikum und Neugierige, Alles das wogt heiter durcheinander, als handelte es sich um einen Fastnachtsball. Auf der Hepner'schen Brandstelle rauchte es noch, als gestern früh, bei hellem lichten Tage eine Gesellschaft von gegen 200 Personen sich dort einfand, um alles noch vorhandene Holzwerk, Fenster u. s. w. fortzuschleppen. Niemand hatte Erlaubniß hierzu gegeben, die Einwendungen benachbarter Privaten wurden verhöhnt und — obschon der Tumult fast zwei Stunden dauerte — erschien kein einziger Polizei-Beamter. Im Laufe des Nachmittags soll ein Theil der gestohlenen Balken den Plünderern wieder abgenommen worden sein. So großartige Ausschreitungen dürften aber doch gar nicht vorkommen und würden auch nicht vorkommen, wenn auf der noch rauchenden Brandstätte, wie es doch wohl sein soll, eine Wache zurückbliebe.

Bromberg. Unsere Stadt steht schon wieder vor einer Neuwahl. Der zweite Bürgermeister, Hr. Geisenheimer, erst seit ca. ¾ Jahren im städtischen Amte, ist in Witten a. d. Ruhr, im Regier.-Bez. Arnsberg, zum ersten Bürgermeister gewählt worden. Die Stelle des zweiten Bürgermeisters von Bromberg hat in ca. drei Jahren drei Mal gewechselt. Die Inhaber, sämmtlich frühere Juristen, sind mit ansehnlicher Verbesserung in die Stelle eines ersten Bürgermeisters getreten. Für jüngere Juristen gewährt somit die Annahme von Kommunalstellen gute Aussichten.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* **Johann Gottlieb Koppe.** Von dem berühmten Koppe'schen Werke „Unterricht im Ackerbau und in der Viehzucht" ist die Publikation einer neuen Auflage, der zehnten, begonnen, Die landwirthschaftliche Verlagshandlung Wiegandt u. Hempel in Berlin hat den Professor Dr. Emil von Wolff in Hohenheim zur Herausgabe dieser neuen Auflage gewonnen, und liegt die erste Lieferung derselben bereits vor. Das Buch ist einer sorgfältigen Durchsicht unterworfen, und sind in der Form von Anmerkungen und Zusätzen die neueren Fortschritte in der Bodenkunde, Düngerlehre und Fütterungslehre behandelt, soweit dieselben für die Praxis von Interesse sind. Die Pietät für den Verfasser gestattete nicht, im Texte selbst wesentliche Veränderungen vorzunehmen; auch ist die schlichte Sprache, welche das Verständniß des Buches ungemein erleichtert, durchaus beibehalten worden. Die Ausgabe geschieht in Lieferungen (circa 10) zum Subskriptionspreise von 10 Sgr.

* Die am 1. März ausgegebene No. 9. der „Gegenwart" von Paul Lindau, Verlag von Georg Stilke in Berlin. enthält: Das Verhältniß von Staat und Kirche in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Friedrich Kapp. — Die September-Erhebung und der Freistaat in Spanien. Von Karl Blind II. — Ein ultramontanes Dioskurenpaar. Von Wilhelm Goldbaum. — Literatur und Kunst: Warnung von einer grammatischen und stilistischen Ungehörigkeit. Von Daniel Sanders. — Falscher Hermelin Von C. A. Regnet — Römische Voksdichtung. Von Gustav Floerke. (Schluß.) — Aus der Hauptstadt: Berliner Possen. Plauderei v. H. Wilken. — Dramatische Aufführungen: Salon und Kloster. Von Paul Lindau. — Offene Briefe und Antworten: Offener Brief betreffend Schlachtenbilder. Von W. — Notizen. — Inserate.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Bauverein „Unter den Linden zu Berlin."** Wie der „Börsen Courier" hört beabsichtigt der Aufsichtsrath, auf den 19. oder 20. des nächsten Monats eine neue außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um in derselben in pleno sein Amt niederzulegen. Die General-Versammlung soll den Aktionairen Gelegenheit bieten, ihre etwaigen Angriffe gegen die Verwaltung der Gesellschaft zur Sprache zu bringen, dem Aufsichtsrath aber die gehäßigen Insinuation an der Stelle entgegenzutreten, die einzig zu einem kompetenten Urtheil über die Sachlage berufen ist.

** **Meininger 7 Fl.-Loose.** Serienziehung vom 1. März c. Nr. 77 1224 2759 2891 3600 4063 4275 4318 5671 5696 5930 5946 6029 6107 7980 8316 8451 8762 9025 9049.

** **Augsburger 7 Fl.-Loose.** Ziehung vom 1. März. Gezogene Serien. Nr. 158 233 283 484 550 706 852 945 1121 1556 1604 2019 2056 2072. Gewinne: Ser. 945 Nr. 72 a 7000 Fl. Ser. 484 Nr. 12 a 500 Fl. Ser. 1121 Nr. 64, Ser. 945 Nr. 67, Ser. 233 Nr. 45, Ser. 2056 Nr. 26 a 100 Fl. Ser. 2072 Nr. 41, Ser. 283 Nr. 12, Ser. 168 Nr. 90, Ser. 1556 Nr. 78, Ser. 965 Nr. 36, Ser. 2056 Nr. 21, Ser. 2056 Nr. 45, Ser. 1604 Nr. 53, Ser. 945 Nr. 20. Ser. 550 Nr. 82 a 50 Fl. Ser. 945 Nr. 86, Ser. 550 Nr. 84, Ser. 852 Nr. 51, Ser. 2056 Nr. 7, Ser. 283 Nr. 35, Ser. 233 Nr. 87, Ser. 484 Nr. 7', Ser. 2019 Nr. 41, Ser. 2072 Nr. 92, Ser. 1556 Nr. 30, Ser. 1604 Nr. 30, Ser. 945 Nr. 64, Ser. 168 Nr. 22, Ser. 2019 Nr. 93, Ser. 283 Nr. 67, Ser. 283 Nr. 65, Ser. 168 Nr. 3 Ser. 233 Nr. 60, Ser. 1121 Nr. 58 a 30 Fl. Auf alle übrigen in den gezogenen Ser. enthaltenen und hier nicht besonders aufgeführten Nummern entfällt ein Gewinn von je 8 Fl

* **Oesterreichische 1864er Loose.** Ziehung vom 1. März, zahlbar vom 3. Juni c. an. Serien: Nr. 221 733 8 38 931 1130 1597 3024 3527. Gewinne: a 200,000 fl. Ser. 1579 Nr. 41. a 50,000 fl. Ser. 1130 Nr. 83. a 15,000 fl. Ser. 3024 Nr. 34. a 10,000 fl. Ser. 931 Nr. 70. a 5,000 fl. Ser. 931 Nr. 51, Ser. 1130 Nr. 9. a 2000 fl. Ser. 733 Nr. 33, Ser. 838 Nr. 73, Ser. 1597 Nr. 57. a 1000 fl. Ser. 838 Nr. 11, Ser. 931 Nr. 5, Ser. 1130 Nr. 30, Ser. 1597 Nr. 10 25, Ser. 3024 Nr. 94. a 500 fl. Ser. 221 Nr. 23, Ser. 733, Nr. 12 38, 68 94, Ser. 838 Nr. 19 74 83, Ser. 931 Nr. 18, Ser. 1130 Nr. 65 68, Ser. 1597 Nr. 50 70 88, Ser. 3527 Nr. 76. a 400 fl. Ser. 221 Nr. 7 17 33 47 60 81 92. Ser. 733 Nr. 61 100, Ser. 838 Nr. 34 35 57, Ser. 931 Nr. 16, 68 77 97, Ser. 1130 Nr. 5, Ser. 1597 Nr. 6 24 32 46 93, Ser. 3024 Nr. 21 36 60 73, Ser. 3527 Nr. 40 57 81 95.

Auf alle übrigen in den oben angeführten verlooßten Serien enthaltenen und hier nicht besonders aufgeführten 740 Gewinn-Nummern fällt der geringste Gewinn von je 175 fl. in österr. Währung.

Oesterreichische National-Bank.
Ausweis vom 28. Februar gegen 31. Januar 1873.

	Fl.		Fl.
Metallschatz	142,424,746.—	Abnahme	353,442.—
In Metall zahlbare Wechsel	4,695,138.—	Zunahme	222,771.—
Eskomptirte Wechsel	150,434,444.—	Abnahme	18,341,953.—
Darlehen	27,075,100.—	Abnahme	1,542,500.—
Staatsnoten, welche der Bank gehören	3,569,537.—	Zunahme	331,257.—
Angekaufte Pfandbriefe	3,620,559.—	Zunahme	220,864.—
Banknotenumlauf .	301,143,270.—	Abnahme	18,788,400.—
Einzulösende Bankanweisungen . . .	1,627,107.—	Zunahme.	824,769.—
Unerhobene Dividenden	341,305.—	Abnahme.	889,972.—
Saldi laufender Rechnungen	4,348,047.—	Zunahme.	711,368.—

Oesterreichisches Staatspapiergeld. Umlauf

	Ende Februar.	Januar.
Partial-Hypothekar-Anweisungen	fl. 35,091,532	35,831,132
Staatsnoten	fl. 376,908,103	376,168,370
Zusammen	fl. 411,999,145	411,999,602

** **Brüsseler 100 Fr.-Loose von 1862.** Ziehung vom 1. März, zahlbar 1. Juni. a 40,000 Fr. Nr. 227,231. a 5000 Fr. Nr. 68,206. a 1000 Fr. Nr. 63,057, 85,608, 224,835. a 500 Fr. Nr. 4224, 7801, 44,795, 83,061, 166,060, 172,744, 179,778, 235,670. a 231 Fr. Nr. 90,738.

Bank von Frankreich.

		Stand vom 27. Febr.	Gegen 20. Febr.
Aktiva:			
Baarvorrath	Fr.	790,901,429	788,669,486
Portefeuille:			
Pariser Wechsel	=	532,074,657	518,109,851
Schatzscheine	=	1,228,062,500	1,228,062,500
Wechsel in den Succursalen	=	458,821,494	457,636,390
Vorschüsse:			
auf geprägtes Geld und Barren	=	32,185,600	31,898,600
auf Rente	=	46,462,750	46,720,050
auf Eisenbahn-Effekten	=	39,754,700	39,847,600
Diverse	=	26,461,200	24,504,797
Passiva:			
Noten-Umlauf	=	2,801,536,030	2,800,457,095
Guthaben:			
des Staatsschatzes	=	123,165,686	121,827,539
der Privaten	=	110,530,168	196,471,924
Diverse	=	1,076,698	1,066,669

** **Stadt Ostende 25 Fr.-Loose von 1858.** Ziehung am 1. März. a Fr. 8000 Nr. 39,706, a Fr. 1000 Nr. 21,247, 10,988.

** **Amerikanischer Fünfzwanziger Bonds von 1862.** Einem Telegramm aus Washington zufolge hat der Schatzsekretär Boutwell beschlossen, am 1. März 50 Millionen Dollars der Fünfzwanziger Bonds von 1862 behufs der Amortisation einzuberufen, statt, wie früher beabsichtigt war, 100 Millionen Dollars am 1. Juni.

Vermischtes.

♂ **Thorn**, 2. März. [Thorn-Insterburger Bahn. Befestigung. Schulsache. Zum Kopernikusfest.] Wie man hört, ist von dem Handelsministerium die gemessene Ordre eingetroffen, den Bau der Thorn-Insterburger Bahn, sowie auch der Bahnbrücke über die Weichsel bei Thorn so zu beschleunigen, daß spätestens den 1. August d. J. beide Bauwerke dem allgemeinen Verkehr eröffnet werden können. Da jeder Tag, um welchen die Eröffnung beider Verkehrsmittel vor dem 1. Oktober — bis wohin sie nach dem Gesetz eintreten muß, eintritt, nicht bloß für die Stadt Thorn, sondern für die beiden Provinzen Preußen und Posen von ungemeinem Gewinn ist, wird allgemein gehofft, daß die Nachricht sich recht bald bestätigen möge. Ob die Eröffnung mit besonderer Feierlichkeit geschehen wird, steht freilich noch dahin, hier würde man hocherfreut sein, wenn die Einweihung durch den Kaiser selbst oder durch den Kronprinzen geschähe. Trotzdem die Erweiterung unserer Festungswerke bereits gesichert ist, und eine wenigstens theilweise Aenderung der bisherigen dann nothwendig ist, werden doch an diesen noch immer vielfache Ausbesserungen und Aufschüttungen vorgenommen, die zum Theil schon vor 6—8 Jahren angeordnet aber aufgeschoben wurden, und nun bald mit den Stammwerken selbst verschwinden werden. — An dem hiesigen Gymnasium mit Realschule I. O. soll vom 1. April an den Normaletat eingeführt und um die Mittel dazu ohne Belastung der Kommunalkasse zu gewinnen, das Schulgeld von 20 auf 28 Thlr. jährlich erhöht worden. — Nachträglich ist zu dem Kopernikusfeste noch zu erwähnen, daß durch die Umsicht und die schnelle Thätigkeit unseres zweiten Bürgermeisters Herr Bauke am 18. des Abends ein Zwischenfall unterdrückt ist, der an sich unbedeutend leicht sehr bedauerliche Folgen hätte haben können. In einem unter dem Theater befindlichen, zum Bierschank benutzten Lokal hatte ein in einem Winkel liegendes Bund Lappen Feuer gefangen und der Geruch davon drang in das Theater. Herr B. ermittelte sofort die Ursache und verhinderte das Entstehen von Feuerlärm, der bei dem dichtgefüllten Hause leicht großes Unglück durch das unvermeidliche Gedränge hätte herbeiführen können.

* **Ein nobler Croupier.** Man schreibt dem „Sprudel" aus Monaco: Am grünen Tisch des Herrn Blanc in Monaco fungirt ein gar blaublütiger Croupier, es ist dies Niemand geringerer als der Schwiegersohn des depossedirten Kurfürsten von Hessen Er lebt von seiner Frau getrennt, was sie nicht abhält, am grünen Tisch in chevaleresker Begleitung zu erscheinen und zu spielen.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Börsen-Telegramme.

Börse zu Posen

am 4 März 1873.

Fonds. Posener 3½% Pfandbriefe 95 G., do. 4% neue do. 91½ bz., do. Rentenbr. 94 bz., do. Provinz.-Bankaktien 112 B., do 5proz. Provinz.-Obligat. 100½ G., do. 5% Kreis-Obligat. 100½ bz. do. 5% Obra Meliorat.-Oblig. 100 G. do. 4½% Kreis-Oblig. 93 B, do 4% Stadtobl II. Em. 90 bz. do. 5% Stadt-Oblig. 100¾ G, preuß. 3½prozentg. Staatsschuldsch. 91 bz., preuß. 4proz Staatsanl. 96½ G, 4½-proz freiw do. 104 G, do. 3½proz Präm.-Anl. 127 B, Nordd. Bundesanl. —, Märk.-Posener Eisenb.-Stamm-Aktien 60 bz., russische Banknoten 82¾ bz. ausländische do. 99¾ G. Tellus Aktien (Gninski, Chlapowski, Plater & Co.) 112½ G., Ostd Bank 102¼-⅜ bz., Ostd. Produkt.-Bank 88 G., Provz.-Wechs. u. Diskt.-Bank 100¼ bz, Aktien Kwilecki, Potocki & Co. 93 B., poln. 4proz. Liquidationsbriefe 66 B.

Privat-Cours-Bericht.

Posen, 4. März. **Tendenz:** —

Deutsche Fonds		
Posen. 3½proz. Pfandbr.	93	B
dito 4proz. Pfandbr.	91½	bz
dito 4proz. Rentenbr.	94	B
dito 5proz. Prov.-Obl.	100½	bz
dito 5proz. Kreis-Obl.	100	bz
dito 4½proz. Kreis-Obl.	92	B
dito 4proz. Stadtoblig.	90½	bz G
dito 5proz. Stadtobl.	100	bz
Nordd. Bundesanl.	—	—
Preuß. 4½proz. Konsols	—	
dito 4proz. Anleihe	96½	B
dito 3½proz. Staatssch.	90¾	B
Köln-Mind. 3½pr. Pr.-S.	—	—

Ausländische Fonds.		
Amer. 6proz. 1882 Bonds	96½	G
dito dito 1885 Bonds	—	—
Oesterr. Papier-Rente	—	—
dito Silberrente	68¼	B
dito Loose von 1860	97¼	B
Italienische Rente	64¾	G
Russisch-engl. 1870er Anl.	—	—
dito dito 1871er Anl.	—	—
Russ. Bodenkredit-Pfbr.	91	B
Poln. Liquid.-Pfandbr.	—	—
Türk. 1865 5proz. Anl.	53½	G
dito 1869 6proz. Anl.	65¼	B
Türkische Loose	174	B
Russische Noten	82¾	B
Oesterreichische Noten	—	—

Bank-Aktien.		
Berliner Bankverein	159¾	G
dito Bank	—	—
dito Produkten-Handbk.	—	—
dito Wechsler-Bank	—	
Breslauer Diskontobank	124¾	G
Berliner Diskt.-Kommd.		
Central-Genoss.-Bank	134½	G
Deutsch. Hyp.-Bk. Berlin	—	—
Centralb. f. Ind. u. Hand	—	—
Kwilecki, Bank f. Ldw.	92	G
Meininger Kreditbank	153½	G
Oesterr. Kredit	208½	
Ostdeutsche Bank	102¼	bz

Ostd. Produktenbank	87	G
Pos. Pr. Wechsl. Disk. B	100	G
Pos. Provinzial-Bank	112	B
Pos. Bau-Bank		
Schles. Bankverein	166	G
Tellus-Aktien	—	—
Preuß. Kredit	143	G
dito Bodenkredit	183½	G

Eisenbahn-Aktien.		
Aachen-Mastricht	—	—
Bergisch-Märkische	—	—
Berlin-Görlitzer St.-A.	115¾	G
Böhmische Westbahn	—	—
Brest-Grajewo	—	—
Crefeld, Kr. Kemp. 6pr.	92¾	G
Köln-Mindener	167½	G
Galizier (Carl-Ludwb.)	—	—
Halle-Sorau-Guben	65	B
dito Stammprior.	—	—
Hannover-Altenbecken	—	—
Kronprinz-Rudolphsb.	78½	B
Lüttich-Limburg	—	—
Märkisch-Pos. St-Akt.	60-59¾	bz G
dito Stamm-Prior.	82	B
Magd.-Halberst. 3½pr. B.	—	
Oestr.-Franz. Staatsb.	205¾	bz
Oesterr. Südb. (Lomb.)	—	
ultimo	115¼-⅛	bz
Ostpreuß. Südbahn	—	
Rechte Oderuferbahn	127¾	B
Reichenberg-Pardubitz	—	—
Rhein-Nahe	47½	G
Schweizer Union	28¾	G
dito Westbahn	58½	G
Stargard-Posen	—	
Rumänische	45¾	bz
Berlin-Dresden Stamm	—	

Industrie-Aktien		
Marienhütte	—	—
Redenhütte	—	—
Berl. Holzkomptoir	117	G
Berl. Viehhof	—	—
Hoffmann Waggonfabr.	—	—
Lauchhammer	117½	G
Pos. Bierbrauerei	100	G
Laurahütte	—	—

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** (per 20 Centner). Kündigungspreis 53¾. pr. März 53¾, März-April —, Frühjahr 54 54½—54¾ April-Mai 54½ Mai-Juni 54¼, Juni Juli 54¼.

Spiritus [mit Faß] (per 100 Liter = 10,000 pCt Tralles) Kündigungspreis 17 7/15. Gekündigt 10 000 Liter. pr. März 17 7/12, April 17 10/24 Mai 18⅛, Juni 18⅜ Juli 18⅜ August 18⅝.

[Privatbericht.] **Wetter:** schön. **Roggen** (pr. 1000 Kilogr.) fester. Kündigungspreis —. pr. März 53¾ G., Frühjahr 54 bz. u. G, April-Mai do., Mai Juni do.

Spiritus (pr. 10,000 Liter pCt.) höher. Kündigungspreis —. Gekündigt 20 000 Liter. per März 17 7/15 bz. u. B., April 17⅝ bz. u. B., April-Mai 17 11/15 bz u. G., Mai 18 1/15 bz. u. B., Juni 18¼ bz. u. B. Juli 18⅝ bz. u. B. August 18¾ bz. u. B.

Posener Privat-Marktbericht vom 4. März 1873.

Waare	Gewicht	Sorte	Preis	
Weizen: matt.	p. 1050 Kil.	feiner	88—93 Thlr.	feinste Waare über Notiz.
		mittel	80—83 „	
		ordinär und defekt	70—75 „	
Roggen: fester.	p. 1000	feiner	56—57 „	
		mittel	54—55 „	
		ordinär	50—52 „	
Gerste: ohne Umsatz.	p. 925	feine	45—46 „	
		mittel und ordinär	42—44 „	
Leinsaamen: preishaltend.	p. 925		3 1/15—3¼ „	
Hafer: fester.	p. 625	feiner	27½—28½ „	
		mittel und defekt	24—26 „	
Erbsen: matter.	p. 1125	Koch-	53—54 „	
		Futter-	47—49 „	
Oelsaaten:	p. 1000	Raps		
		Rübsen		
Wicken: gefragt.	p. 1125		42—45 „	
Klee: beachtet.	p. 50	roth	13—15 „	
		weiß	15—20 „	
Buchweizen: niedriger.	p. 875		45—48 „	
Lupinen: matter.		blaue	27—30 „	
		gelbe	30—33 „	

Breslau, 3. März. Die Börse eröffnete in sehr günstiger Stimmung und überschritten die bewilligten Kurse noch diejenigen des gestrigen Privatverkehrs. Im Verlauf der Börse machte sich starke Realisationslust geltend, welche die Kurse bedeutend drückte; der Verkehr war belebt. Erst gegen Ende der Börse erlahmten mit den niedrigen Kursen die Umsätze. Kredit 209¾ a ½ a ¼ bez. Lombarden matt, da die Mehreinnahmen von 3000 Fl. wenig befriedigt, 115¾ a ½ bez Franzosen lebhaft, 207 á 6½ bez. u. Geld. Von Banken Schles. Bank und Maklerbank in Posten umgesetzt, erstere zwischen 167 und 166 schwankend, schließen 166½ bez. letztere 159—158½ a ¾ in Posten bez. u. G. Diskontobank 125 a 124¾ bez. Wechslerbank 137 a 136 bez. Schles. Vereinsbank 111½ a 110½ bez. Eisenbahnen fest nur Oderufer in Posten zu weichenden Kursen verkauft. Fonds fest u. beliebt. Industr. Effkt. stiller. Laurahütte 269½ a 67½ a¾ bz. Immobilien zu erhöhten Kursen angeboten. Baubank 112½ Gd. Nachbörse matt auf günstige berliner Notirungen. Prämien: Kredit 211½—2 a 211½—2 bz. Lombarden 117 bis 1½ bz. u. Br. Laura 273—5 bz. u. Br. Maklerbank 162—3 a 161½ bis 2½ bz. Schles. Bod.-Kred.-Pfandb. 97¾ bz. Schles. Boden-Kred.-Aktien-Bank 106 Br.

Produkten-Börse

Königsberg, 28 Februar. (Amtlicher Produktenbericht. In Quantitäten pro Tonne von 2000 Pfd. Zollgewicht.) — Weizen loko still, hochbunter 83—88 Rt. B., bunter 75—83 Rt. B., rother 75 82 Rt. B. — Roggen unverändert, loko inländischer 47—52 Rt. B., loko russischer 45—50 B., pro Frühj 49½ B, 48½ G, Mai-Juni 49½ B., 48½ G. — Gerste matt, loko große 42—52 Rt. B., kleine 42 50 B. — Hafer flau loko 33—40 Rt. B., pr. Frühj. 40 B 39 G. — Erbsen flau loko weiße 43—46 Rt B., graue 42—60 B., grüne 42—48 B. — Bohnen loko 40—45 Rt B. — Wicken loko 30—40 Rt. B — Leinsaat flau o. Kfl., loko feine 78—90 Rt. B. mittel 65—78 Rt. B. ordin 45—65 Rt. B. — Rübsaat loko pro 200 Pfd. 90—100 Rt. B. — Kleesaat, loko rothe pro 200 Pfd. — Rt. B., weiße flau — B. — Thymotheum loko pro 200 Pfd 18—23 Rt. B — Rüböl loko pro 100 Pfd. ohne Faß 11½ Rt. B — Leinöl loko pro 100 Pfd. ohne Faß 12½ Rt. B. — Rübkuchen pro 100 Pfd 2½—2¾ Rt B. — Leinkuchen pro 100 Pfd. 2½—2¾ Rt B.

Spiritus-Bericht. Spiritus loko ohne Faß per 100 Litres pro 100 pCt Tralles und in Posten von mindestens 5000 Litres loko ohne Faß 18½ Rt. B., 17 11/12 G. (K. H. Z.)

Stettin, 3. März. An der Börse [Amtlicher Bericht.] Wetter. regnig. + 2° R Barometer 28. Wind: SW. — Weizen wenig verändert, p 2000 Pfd. loko gelber geringer 50—65 Rt., besserer 66—76 Rt. feiner bis 53 Rt., März 83 Rt. nom., Frühjahr 83, 83½ 83 bz., Mai-Juni 82 bz., 82¼ B u. G., Juni-Juli 82 bz, Juli-Aug. 82, 81¾ bz, Sept. Okt. 77½. ¼ bz — Roggen etwas höher p. 2000 Pfd loko geringer 50 54 Rt. feiner bis 55½ Rt. bz., pr März 54 nom, Frühjahr 54¼, ⅛ bz., Mai-Juni 53¾, ⅝ bz., Juni-Juli 53⅝ ½ bz., Juli-August 53 B, 52¾ G. Sept.-Okt. 52½ ⅛ bz. — Gerste behauptet p. 2000 Pfd. loko 50—58 Rt, Frühjahr schles. 56½ bz. u. G — Hafer fest p. 2000 Pfd. loko 33 44½ Rt., Frühjahr 44½ bz. u. G. Mai-Juni 45¼ G — Erbsen still p 2000 Pfd loko 42—47 Rt, Frühjahr Futter- 47½ G, Mai-Juni 47¾ bz. — Winterrübsen p 2000 Pfd. Sept.-Okt 93 bz. u G — Rüböl steigend, p. 200 Pfd loko 22⅝ Rt. B, pr. März 22¼ G., April-Mai 22¼, ⅛ bz. u. G, ½ B., Sept.-Okt. 22⅝ G — Spiritus fester, p. 100 Liter a 100 % loko ohne Faß 17⅝ ⅜ Rt. bz., pr. März 17⅜ nom, Frühjahr 17⅞ 11/12 bz., Mai Juni 18⅛ bz., Juni-Juli 18 5/12 B., ⅜ G., Juli-August 18⅜ B. u. G., Sept.-Okt. 18⅓ B. u. G. — Angemeldet: 100 Ctr. Rüböl. — Regulirungspreis für Kündigungen: Rüböl 22½ Rt. — Rt — Petroleum unverändert loko 6¼ Rt bz., Kleinigkeiten 6⅓ bz. u B., Regulirungspreis 6⅛ Rt., März 6⅛ B., Aug.-Sept. 5⅝ B., Sept.-Okt. 5¾ bz. 5⅝ B., 5 19/24 G, Okt.-Novbr. 5⅞ 11/12 bz. u. B, Novbr.-Dez. 6 G., 6 1/12 B. (Ostf.-Ztg.)

Breslau. [Amtlicher Produkten-Preisbericht vom 3 März.]
Kleesaat rothe, matt, ordinär 11—12, mittle 12—13 fein 14—15, hochfein 15½—17 Rt. — Kleesaat weiße unverändert, ordinär 10—12, mittel 13—15, fein 16—18, hochfein 19—20½ Rt. — Roggen (p. 1000 Kilo) fester, pr März 56½ B., April-Mai 55⅝—½ bz, Mai-Juni 56 B., Juni-Juli 55¾ bz., Juli 56¼ bz. Sept.-Okt. 52½ G. — Weizen per 1000 Kilo pr März 85 B — Gerste per 1000 Kil per März 52 G. — Hafer per 1000 Kilo pr. März 42½ G., April-Mai 43⅜—½ bz. — Raps pr 1000 Kilo pr März 97 B., Sept. Okt. 93 B, 96 G — Rübsen pr. Sept.-Okt. 95 B., 93 G. — Rüböl höher, per 100 Kilogr. loko 22¼ B., pr. März u. März-April 22⅙ B, neue Usance 22 11/12 B., April-Mai 21⅝ ¾—⅝ 11/12—22 bz. u. B., neue Usance 22¾ B. Mai-Juni 23 B., Sept.-Okt. neue Usance 23 B. — Spiritus fest, pr 100 Liter loko 17⅜ B, ⅛ G., per März 17⅜ G. April-Mai 17 11/12 bz — Zink Sonnabend nach der Börse schles Verein 8 Thlr. 6 Sgr. bz.
Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 3 März (Landmarkt.)

Festsetzungen der städtischen Markt-Deput. — In Thlr., Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms.

	feine Thlr.	Sgr.	Pf.	mittle Thlr.	Sgr.	Pf.	ord. Waare Thlr.	Sgr.	Pf.
Weizen w.	8	24	—	8	2	—	6	20	—
do. g.	8	8	—	7	24	—	6	18	—
Roggen	6	—	—	5	24	—	5	11	—
Gerste	5	12	—	5	6	—	4	24	—
Hafer neu	4	13	—	4	7	—	4	5	—
Erbsen	5	10	—	4	25	—	4	15	—

Festsetzg. der Handels-Kommission. — Per 100 Kilogramm

	feine Thlr.	Sgr.	Pf.	mittle Thlr.	Sgr.	Pf.	ord. Waare Thlr.	Sgr.	Pf.
Raps	9	17	6	9	2	6	8	15	—
Winterrübsen	8	20		8	5	—	7	10	—
Sommerrübsen	8	20	—	7	20	—	6	20	—
Dotter	8	12	6	7	20	—	6	25	—
Schlaglein	9	—	—	8	15	—	7	15	—

(Brsl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 1. März Wetter: schön. Morgens 3° —, Mittags 5° +. — Weizen: 125—128pfd. 78—80 Thlr., 129—131pfd. 81—83 Thlr. pr. 1000 Kilogramm. — Roggen 118 120pfd. 50—51 Thlr. pr. 1000 Kilogramm. — Erbsen nach Qual. 42, 43, 44 Thlr. pr. 1000 Kilogr. — Spiritus 17 1/12 Thlr pr. 100 Liter a 100%. (Bromb. Ztg.)

Berliner Viehmarkt.

§ **Berlin,** 3. März Auf heutigem Viehmarkte waren zum Verkauf an Schlachtvieh angetrieben: 2620 Stück Hornvieh, 5806 St. Schweine, 6414 Stück Schafe, 1367 Stück Kälber. — Der heutige Markt war mit alleiniger Ausnahme für Hammel heute noch matter und schleppender, als vor acht Tagen. Der Verkehr in Rindvieh war im Allgemeinen noch ziemlich lebhaft indem ansehnliche Ankäufe nach dem Rhein abgeschlossen wurden. Beste Qualität wurde mit 18—19 Thlr, mittlere 14—15 Thlr. und ordinäre mit 12—13 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt. — Obgleich für Export mehrfache Käufe in Schweinen gemacht wurden, so war doch die Kauflust nicht stark genug, um mehr als mittelmäßige Preise zu erzielen. Beste fette Kernwaare bedang pro 100 Pfd Fleischgewicht 19, höchstens 19½ Thlr. — Beste Qualität von Hammeln war nach England und Frankreich gesucht und wurde dem angemessen besser bezahlt Geringe Qualitäten schwerer zu placiren — Von Kälbern waren zu viel am Markte und es konnten Verkäufer kaum Mittelpreise erzielen.

Preis-Courant

pro 100 Pfund
der Mühlen-Administration zu Bromberg
vom 15. Februar 1873.

Benennung der Fabrikate.	Unversteuert, Thl.	Sgr	Versteuert, Thl.	Sgr	Benennung der Fabrikate.	Unversteuert, Thl.	Sgr	Versteuert, Thl.	Sgr
Weizen-Mehl Nr. 1.	6	10	7	1	Futter-Mehl	2	—	2	—
„ „ „ 2.	5	26	6	27	Kleie	1	24	1	24
„ „ „ 3.	3	20	—	—	Graupe Nr. 1.	8	10	8	23
Futter-Mehl	2		2	—	„ „ 3.	6	16	6	29
Kleie	1	12	1	12	„ „ 5.	4	22	5	5
Roggen-Mehl Nr. 1.	4	10	4	17	Grütze Nr. 1.	5	4	5	17
„ „ „ 2.	3	26	4	3	„ „ 2.	4	20	5	3
„ „ „ 3.	2	8	—	—	Koch-Mehl	2	26	—	—
Gemengt-Mehl (hsb.)	3	22	3	29	Futter-Mehl	1	22	1	22
Schrot	3	—	3	5					

Neueste Depeschen.

Berlin, 4. März. Den fortstrikenden Droschkenfuhrherren ist heute die Endaufforderung des Polizeipräsidiums zur sofortigen Indienststellung der Fahrzeuge bei Vermeidung der sofortigen Konzessionsentziehung zugestellt worden.

Stuttgart, 4. März. Bezüglich des im tübinger Krankenhause verstorbenen altkatholischen Pfarrers Bernhard von Kiefersfelden, von welchem behauptet worden, daß er sich am 13. Januar der Kirche unterworfen, erklären im „Schwäb. Merkur" die ehemaligen Aerzte desselben, voran Professor Liebermeister, daß Bernhard vom 11. Januar bis zu seinem Tode (17. Januar) geistesgestört gewesen sei.

London, 4. März. [Unterhaussitzung.] Die Petition der katholischen Bischöfe gegen die irische Universitätsbill wird verlesen. Enfield erklärt, daß die Regierung fortfahre, einen offiziösen, wenn auch nicht offiziellen Verkehr mit der gegenwärtigen spanischen Regierung zu unterhalten.

Paris. 4. März. In Folge der gestrigen Sitzung hatte Thiers eine Unterredung mit mehreren Mitgliedern der Rechten, woraus hervorgeht, daß Thiers die eigentliche Bedeutung der Botschaft klarlegen will, welche die Legalität der gegenwärtigen Regierungsform konstatiren, und das Recht der Nationalversammlung eine endgiltige Regierungsform zu beschließen, anerkennen sollte. Thiers müßte demnach aber auch für die Dauer der jetzigen Regierung die erforderlichen Mittel und Autorität verlangen. Thiers hatte heute eine Unterredung mit Arnim.

Lissabon, 4. März. Amadeus und seine Familie schifften sich gestern Abend angeblich nach Genua ein. Die Königsfamilie, der Hof und die Minister gaben ihnen das Geleite. Portugisische und fremde Kriegsschiffe salutirten, die spanischen Hofbeamten und Offiziere reisten nach Madrid zurück.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.